

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark, vierteljährlich 10 Reichsmark, halbjährlich 18 Reichsmark, jährlich 32 Reichsmark, für das Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 6. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkseckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Droschke-Gesellschaft, Dönhofsstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einfache Tages-Anzeige...
Die einfache Tages-Anzeige...
Die einfache Tages-Anzeige...

Anzeigen für die nächste Nummer...
Anzeigen für die nächste Nummer...
Anzeigen für die nächste Nummer...

Sozialdemokratie und Ruhr Gelder.

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Minister.

Die früheren sozialdemokratischen Reichsminister Dr. Hilferding, Rob. Schmidt und Sollmann erlassen folgende Erklärung:

An offiziellen Zeitungsaufträgen wird versucht, auch die sozialdemokratischen Minister der beiden Kabinette Stresemann für die gewaltigen Summen mit verantwortlich zu machen, die lange nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung an die Ruhrindustrie gezahlt worden sind. Die Wahrheit ist, daß kein sozialdemokratischer Minister jemals einem Kabinettsbeschluss zugestimmt hat, der auch nur entfernt als Grundlage für die Entschädigung von 700 Millionen Mark dienen könnte.

Als im Laufe der Verhandlungen im Oktober 1923 die Sachverständigenkommission der Ruhrindustriellen, an deren Spitze Herr Hugo Stinnes stand, volle Entschädigung für die Verluste verlangte, die sie durch die im Entwurf vorliegenden Ricum-Verträge übernehmen sollten, fand Ende Oktober zur Klärung dieser Frage eine sogenannte Chefbesprechung statt, an der sich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der Reichsfinanzminister Dr. Luther, der Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning und der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Fuchs beteiligten.

Als die Ergebnisse dieser Besprechung in Gestalt von Bertragsentwürfen dem Kabinett vorgelegt wurden, befanden sich die sozialdemokratischen Reichsminister schon in Demission. Robert Schmidt erhob als Wiederaufbauminister entschiedenen Einspruch dagegen, daß er zu der Chefbesprechung nicht zugezogen worden sei. Einige bürgerliche Reichsminister gaben unbefriedigende Entschuldigungen ab.

Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder erklärten zu Protokoll, daß sie keine Verantwortung für die vorgelegten Vertragsentwürfe übernehmen könnten und lehnten deshalb die Beteiligung an der Beschlussfassung ab.

Wir verwahren uns deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die den Tatsachen widersprechenden Versuche, uns für eine Politik der unzulässigen Verwendung von Reichsmitteln und der Umgehung des Budgetrechts des Reichstags verantwortlich zu machen.

Der in der vorstehenden Erklärung der früheren sozialdemokratischen Minister gezeichnete Sachverhalt geht auch aus den Verfügungen der Reichsregierung klar hervor. Aus ihnen ist deutlich zu sehen, daß erst nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung und erst ganz allmählich ein Entgegenkommen an die Großindustriellen gezeigt wurde, das schließlich mit dem 700-Millionen-Gesetz endete.

Am 20. Oktober 1923 erließ der Minister für die besetzten Gebiete eine Verfügung, in der es u. a. heißt:

„Die Rücksicht auf die Lage der Reichsfinanzen, deren Ernst nicht eindrucklich genug betont werden kann, hat die Reichsregierung zu ihrem lebhaften Bedauern zu einschneidenden Sparmaßnahmen auch auf dem Gebiet der Abgeltung der Besatzungsschäden genötigt.“

Die Verfügung bestimmt, daß alle Ruhrschäden bis zum 31. Oktober 1923 anzumelden seien. Schäden, die erst nach dem 28. September 1923 entstanden sein sollten (also nach der Aufhebung des positiven Widerstandes), seien besonders genau nachzuprüfen. Weiter heißt es in dieser Verfügung, daß Kursumrechnungen nach dem Kölner oder Frankfurter Kurs unzulässig seien. Vor allem aber wurde bestimmt, daß nur Summen von 5000 M. voll ausgezahlt werden können, überschüssige Beträge nur zu 50 Proz. bis zur Gesamthöchstsumme von 200.000 M.

Man sieht also, daß die Große Koalition in der Bemessung der Entschädigung außerordentlich vorsichtig gewesen ist.

Diese Vorsicht hielt nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten auch noch einige Tage an. Am 12. Dezember 1923 erließ der Minister für die besetzten Gebiete noch eine Verfügung, die eine einschränkende Auslegung der Richtlinien im Entschädigungsverfahren enthält. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Verfügung waren: Im Zweifelsfälle Entscheidung zugunsten des Reiches, im günstigsten des Antragstellers. Möglichst kein Abschluss von Verträgen mehr, Entschädigungszahlung nur zu einem Bruchteil, Bevorzugung der Fälle besonderer Notlage, und — wo sich doch

noch Vergleiche notwendig machen sollten — Vorbehalt der Regierung über den Zeitpunkt der Auszahlung. Begründet wurde diese „einschränkende Auslegung“ mit der „fortdauernd bedrohlichen Lage der Reichsfinanzen“.

Dann aber begann der große Umschwung. Nachdem man angeordnet hatte, daß alle kleinen Entschädigungsansprüche immer zugunsten des Reiches und zumungunsten des Antragstellers entschieden werden sollen, entdeckte man, daß die großen Unternehmungen besser behandelt werden müßten.

Am 18. Dezember 1923 erging eine neue Verfügung des gleichen Ministeriums, wonach mit den der Stahlfinanzierungs-G.m.b.H. in Hannover angeschlossenen rheinisch-westfälischen Eisen- und Hüttenwerke

„seltens der Reichsregierung besondere Abmachungen“ getroffen worden — hinsichtlich der Abgeltung der von ihnen infolge der Ruhrkrisis erlittenen Schäden. — Die Firmen, die für diese Sonderabmachung in Frage kommen, sind folgende:

- 1. Deutsch-Luxemburg Bergwerks- und Hütten-AG. Dortmund einschließlich „Bochumer Verein“ und „Gelsenkirchener Bergwerks-AG.“
2. August Thyssen-Hütte, Hamborn und Ruhr.
3. Friedrich Krupp AG. Essen.
4. Phönix-AG. Düsseldorf.
5. Ostschlesische Hütte.
6. Rheinische Stahlwerke einschl. „Vereinigte Stahlwerke von den Jopen“ und „Wissener Eisenhütten“.
7. Alsdorfer Werke AG. Berlin.
8. Mannesmann-Röhrenwerke AG. Düsseldorf.
9. Stumm-Konzern Düsseldorf.
10. Rombacher Hüttenwerke AG. Hannover.
11. Eisen- und Stahlwerk Hoersch, Dortmund.

Die Schadenforderungen dieser Firmen werden den bezüglichen Feststellungsämtern entzogen und allein vom Ministerium bearbeitet. Das entsprechende Rundschreiben schließt mit den folgenden bezeichnenden Sätzen:

„Desgleichen bitte ich, den Feststellungsbehörden rascheste Bearbeitung der Anträge der in Betracht kommenden Firmen zur besonderen Pflicht zu machen.“

Mit Rücksicht auf den Gegenstand obiger Ausführungen bitte ich, die Feststellungsbehörden des besetzten Gebiets nur auf unbedingt sicherem Wege zu verständigen.“

Man sieht also, daß die offizielle Darstellung, daß in der Entschädigungsfrage nur nach den Kabinettsbeschlüssen vom Oktober 1923 gehandelt worden sei, absolut unwahr ist.

Doch die Finanzlage des Reiches war immer noch sehr schwierig. Auch scheinen die besonderen Abmachungen mit den genannten Werken sehr hohe Forderungen gestellt zu haben, denn am 2. Februar 1924 sah sich der Minister für die besetzten Gebiete genötigt, durch Telegramme an die Feststellungsbehörden anzuordnen, daß nur in Fällen dringender Notlage Entschädigungen ausbezahlt seien, und zwar nur bis 2500 M. voll, vom überschüssigen Betrag aber nur 25 Proz., bis zur Gesamthöhe von 50.000 M.

Eine Schwertung in der Haltung der Reichsregierung zu der Ruhrschadenfrage zeigte eine Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ an, die etwa am 12. Dezember 1924 erschien. Darin wurde u. a. erklärt, daß nunmehr Schäden ersetzt werden sollen, die bis zum 15. November 1924 (bisher 31. Oktober 1923) entstanden sind. Die Grenzsumme der voll auszuzahlenden Beträge wird auf 5000 M. festgesetzt, der Prozentsatz für die überschüssigen Beträge auf 75 Proz., die Höchstsumme von 50.000 M. fällt ganz weg. Anträge auf Entschädigungen in diesem neuen Rahmen müssen bis zum 31. Januar 1925 gestellt sein. — Das ist die Bekanntmachung der Reichsregierung, auf Grund deren die ungeheuren Zahlungen an die Großindustrie erfolgt sind.

Die Bekanntmachung — ohne Gehekräft — war das Ergebnis von Verhandlungen, die zwischen dem damaligen Reichsfinanzminister (Luther) und Vertretern des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete stattgefunden hatten.

Die Bekanntmachung bildete auch die Grundlage für Verhandlungen, die danach, Ende Dezember 1924, zwischen dem „Bergbauischen Verein“ und der Reichsregierung stattfanden mit dem Zweck, die vom „Bergbauischen Verein“ vertretenen Firmen für ihre sämtlichen bisher entstandenen Besatzungsschäden durch eine Pauschalsumme abzulösen.

Die entscheidenden Verhandlungen, die zur Auszahlung der vierhundert Millionen Entschädigung führten, fanden also im November und Dezember 1924 statt. Sie wurden geführt von dem damaligen Reichsfinanzminister und dem jetzigen Reichskanzler Dr. Luther.

Es bleibt also dabei, was wir in unserer ersten Betrachtung geschrieben: Eingeleitet sind diese Entschädigungszahlungen durch Dr. Stresemann, ausgeführt wurden sie durch Dr. Luther, also durch die beiden Männer, die das Kabinett Marx zu einem Rechtskabinett machen wollten und die nach dem Sturz von Marx dieses Rechtskabinett gebildet haben und es führen.

Die Reichspolitik ist es also, die diesen Finanzskandal hervorgerufen hat und die die volle Verantwortung dafür trägt.

Der Handel um Preußen.

Rechtsverschiebung — bis wohin?

Der bisherige Ministerpräsident Preußens, Gen. Otto Braun, dem der Volksparteiler v. Richter bei seinem Scheiden aus dem Amt das höchste Lob gesungen, und den dann auch nach seinem Rücktritt der Landtag wiederwählte, indem er ihm 46 Stimmen mehr gab als dem Kandidaten der Reichsparteien — Gen. Otto Braun hat also seine Wahl nicht angenommen, weil das Zentrum, auf dessen Hilfe er angewiesen war, einen nochmaligen Kampf um die Weimarer Koalition unter seiner Führung scheute, die mit der Volkspartei und der Wirtschaftspartei eingeleiteten Verhandlungen aber das Ergebnis hatten, das jedermann voraussehen konnte.

Am Dienstag soll die Neuwahl eines Ministerpräsidenten und die endgültige Wahl des Landtagspräsidenten vorgenommen werden.

Es ist zu erwarten, daß nunmehr ein Zentrumsman zum Ministerpräsidenten gewählt werden wird. Ob es der Landeshauptmann der Rheinprovinz Horion oder der frühere Reichskanzler Marx oder noch ein anderer sein wird, weiß man noch nicht. Ebenso wenig, auf welche Koalition oder Kombination sich der neue Ministerpräsident stützen wird.

Ein Bürgerblock kommt nach den bestimmten Bindungen des Zentrums nicht in Frage, auch eine vom Zentrum tolerierte Rechtsregierung gilt von vornherein als unmöglich. Es bleibt Fortführung der Weimarer Koalition unter einem Zentrums-Ministerpräsidenten, ein Kabinett der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ oder ein Kabinett der kleinsten Koalition: Demokraten und Zentrum.

Die Fortführung der Weimarer Koalition unter einem Zentrums-Ministerpräsidenten ist für die Sozialdemokratie diskutabel. Es wird auf ihr Programm und auf die Stellung ankommen, die man der Sozialdemokratie in ihr einräumen will. Mit der Rolle eines fünften Rades am Wagen würde sie sich selbstverständlich nicht begnügen. Sie hat dadurch, daß ihr die Ministerpräsidentenschaft entzogen wurde, eine Minderung ihres Einflusses erlitten, die auszugleichen nur recht und billig ist. Es kann ihr nicht einfallen, von dem, was sie sonst noch hält, etwas aufzugeben und die Verwaltung Preußens der bewährten Führung durch Severing entziehen zu lassen. Sie muß vielmehr verlangen, daß ihr ein Einfluß eingeräumt werde, der ihrer Stärke und Bedeutung entspricht. Sie kann nicht fragen, wer ein solches Kabinett dann tolerieren wird — ein Kabinett, in dem sie ohne Einfluß ist, kann sie eben selber nicht tolerieren.

Ein Kabinett von Zentrum und Demokraten wäre immer noch besser als ein sogenanntes Kabinett der Weimarer Koalition mit einem oder dem anderen sozialdemokratischen Konzeptionschulzen. Denn die Sozialdemokratie würde dann wenigstens nicht äußerlich mit einer Verantwortung belastet sein, die größer ist als ihr Mitbestimmungsrecht. Dabei ist man sich wohl überall darüber einig, daß ein solches Kabinett die kümmerlichste und zweifelhafteste „Zwischenlösung“ wäre, die man nur denken läßt. Käme es überhaupt auf die Beine — was noch sehr zu bezweifeln ist — so müßte es bald von rechts oder links her zu Fall kommen.

Schon gar nicht in Betracht kann für die Sozialdemokratie eine Regierung kommen, die von einer sogenannten „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ — Volkspartei, Zentrum, Demokraten — gebildet wäre. Wir können uns nicht denken, daß Zentrum und Demokraten eine solche Arbeitsgemeinschaft noch für möglich halten können nach den Erfahrungen, die sie im Reich und dann auch in Preußen mit der Volkspartei gemacht haben. Jedenfalls ist es naive anzunehmen, daß die Sozialdemokratie eine solche Regierung unterstützen könnte. Erst drängen die Volksparteiler die Sozialdemokraten aus der Regierung, dann setzen sie sich hinein, und dann soll die Sozialdemokratie eine solche Regierung unterstützen? Jedermann muß einsehen, daß das eine unmögliche Zumutung ist.

Das Zentrum erklärt, eine Rechtsregierung wolle es weder mitbilden noch dulden. Aber es zieht daraus nicht die Konsequenz, daß der Kampf um die Weimarer Koalition im Landtag oder im Volke, durch Auflösung und Neuwahlen, geführt werden muß. Diese Inkonsistenz ist der Krebschaden unserer innerpolitischen Verhältnisse.

Im Reich ist ja das Zentrum so weit, einstweilen eine Rechtsregierung zu tolerieren, der es nach seiner eigenen Erklärung mit „wachsender Sorge“, auf deutsch unverhohlenem Mißtrauen gegenübersteht. In Preußen aber ist es mit dem bloßen „Tolerieren“ nicht getan, da muß der Ministerpräsident gewählt werden. Und da entsteht die Frage: Kann man einen Ministerpräsidenten wählen, zu dem man kein Vertrauen hat, oder von dem man weiß, daß er eine Regierung bilden wird, zu der man kein Vertrauen hat?

Die preußische Verfassung gestattet den Parteien bei der Bildung der Regierung kein bloßes Gehehenslassen. Sie fordert von ihnen verantwortliches Handeln. Das ist ein ganz gefunder Grundsatz, aber seine Durchführung wird durch die

— übrigens nicht ganz klare — Bestimmung erschwert, daß der gewählte Ministerpräsident mit den von ihm ernannten Ministern erst noch eine Vertrauensklärung des Landtags haben muß, bevor er zu antreten anfängt.

Theoretisch läßt die Verfassung also zu, daß ein Ministerpräsident am Montag gewählt wird, am Dienstag durch Vereinigung seiner bei der Wahl zerplatzten Gegner in der Regierung gestürzt wird, daß er am Mittwoch wiedergewählt, am Donnerstag wieder gestürzt wird und so bis ans Ende aller Tage.

Der neue Ministerpräsident, der am Dienstag, den 10. Februar gewählt werden soll, wird sich mit einiger Sicherheit nur halten können, wenn seiner Wahl eine Vereinbarung der Parteien vorausgeht, die der von ihm ernannten Regierung die Votierung des Vertrauens sichert. Eine solche Vereinbarung ist aber nicht zu erreichen, wenn das Zentrum nicht vor der Rechten elend zu Kreuze kriecht.

Die kommunistische Fraktion ist dabei nur der Revolver, den die Rechte mit der Mündung gegen die Mitte in der Hand hält.

Wer sich nicht unterwerfen will, muß kämpfen. Das Zentrum will sich nicht unterwerfen, es will aber auch nicht kämpfen. Ober sagen wir vorsichtiger: es will sich weder zur Unterwerfung noch zum Kampf entschließen.

So stehen die Dinge. Darin liegt die Gefahr!

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags tritt heute vormittag um 10 Uhr zusammen, um die am Donnerstagabend abgebrochene Aussprache über die Regierungsbildung fortzusetzen. Das Zentrum hat in Aussicht gestellt, der sozialdemokratischen Fraktion um 1 Uhr nachmittags endgültigen Bescheid über seine weitere Haltung bei der Regierungsbildung zu erteilen.

Die Geister, die sie riefen . . .

Wirtschaftsverbände und Aufwertungsfrage.

Bekanntlich waren es die Spitzenverbände der Industrie und Landwirtschaft, die während der Wahlen die rechtsgerichtete Agitation auf das nachdrücklichste mit Aufrufen und mit Geld unterstützt haben. Diese Agitation ging draußen auf dem Lande mit den maßlosesten Versprechungen hausieren und verstand insbesondere das Kleinbürgertum und die verarmten Rentner mit der Zusage einer weitgehenden Aufwertung im Falle eines Sieges der Rechtsparteien an sich zu fesseln. Die Geister, die sie riefen, werden die edlen Ritter von Industrie und Handel nicht mehr los. Die großen Verbände der Hypothekengläubiger und Sparer, die sich öffentlich besonders für die Wahl der Deutschnationalen eingesetzt hatten, können jetzt aus dem Munde ihrer eigenen Kandidaten die wichtigsten Gegenstände gegen eine weitgehende Aufwertung hören, die sie bei den Wahlen den republikanischen Parteien nicht glauben wollten.

Nachdem die Lage so verworren ist, legen die führenden Wirtschaftsverbände alles daran, die Opfer ihrer Wahlagitation zu beschützen. Diesem Zweck diene eine Aussprache, zu der der Reichsverband der Deutschen Industrie gleichzeitig im Namen der Spitzenverbände des Großhandels, des Einzelhandels, der Schifffahrt, des Handwerks, des Bankwesens und der Handelskammer Pressekorrespondenten eingeladen hatte. Die sachlichen Gründe, die hier vorgebracht wurden, bedecken sich größtenteils mit denjenigen, die von uns in Abwehr der Rechtsradikalen, von Industrie und Reichslandbund finanzierten Aufwertungspropaganda bereits vor Monaten gemacht worden sind. Nur hat sich inzwischen die Sachlage grundlegend verändert. Damals wußte man nichts von den erheblichen Ueberschüssen, die der Reichshaushalt aufwies, und die zu einer Subvention der Ruhrindustrie und zu ähnlichen Beutegeldern für die Privatwirtschaft gemacht wurden. Jetzt auf einmal soll niemand imstande sein, eine erhöhte Aufwertung zu tragen, die Industrie wegen der Dames-Lasten, die Landwirtschaft wegen ihrer (längst überwundenen) Notlage, die Hausbesitzer, weil sie ihre Mieten nicht rückwirkend aufwerten können, und die Banken, weil sie ihre Gelder in Reichsmährung flüssig halten und dadurch lange Zeit hindurch große Verluste erleiden mußten. Herr von Borzsig, der mit Wort und Geld jene Deutschnationalen unterstützt hat, die dann den großen Aufwertungsantrag einbrachten, und später als Minister wieder zurückgezogen, konnte nicht nachdrücklich genug darauf hinweisen, daß eine nachträgliche Aufwertung bei der Industrie die Beschaffung von Auslandskrediten und die Hypothekenaufwertung den Bau von Arbeiterwohnungen unmöglich machen würde.

Die wirtschaftlichen Spitzenverbände lernen immer, wenn es zu spät ist. Sie haben sogar einmal erkannt, daß die Inflation der Volkswirtschaft gefährlich ist, aber natürlich erst dann, nachdem sie ihr Schäfchen ins trockene gebracht und den Markt vollkommen vernichtet hatten. So kommt auch ihnen jetzt die Erkenntnis, daß die mit ihren Mitteln gespeiste Aufwertungspropaganda bei den Wahlen doch etwas übers Ziel hinausgeschossen sei. Doch nein — diese Erkenntnis hatten sie schon früher. Die wirtschaftlichen Spitzenverbände hatten schon vor Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß eine Aufwertung in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels seine Grenzen findet. Nur während der Wahlen verlagte ihr Gedächtnis mit einer derartigen Promptheit, daß es heute schwer fällt zu glauben, nur ihr Gedächtnis schwindet sei an diesem Widerspruch schuld.

Die große Masse der Sparer und besonders diejenigen, die durch die Inflation in schwerster sozialer Not gebracht sind, werden jetzt wissen, was sie von den Versprechungen der Parteien des industriellen und agrarischen Kapitals zu halten haben. Aber diese Kreise, deren volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl selbst bei mikroskopischer Betrachtung nur schwer zu entdecken ist, werden die Geister, die sie riefen, nicht mehr los. Eine Hilfe muß den sozialgeschädigten Sparern zuteil werden, nachdem sich herausgestellt hat, daß zur Unterstützung des Großkapitals noch riesige Summen vorhanden waren, die angeblich als Entschädigung ausgeschüttet worden sind für Schäden, deren Umfang man nicht einmal einer Prüfung unterzogen hat. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Daher wird man nicht nur zu prüfen haben, inwieweit die großen Zuwendungen an die Industrie zu recht erfolgt sind, sondern wird darüber hinaus danach streben müssen, aus den reichen Mitteln, die zur Subvention des Kapitals freigegeben worden sind, erhebliche Beträge für die Entschädigung der Inflationsopfer zu reiten.

Sozialdemokratische Außenpolitik.

Ein erfundener Schritt bei Herriot.

Durch die Rechtspresse geht eine Meldung aus Paris, wonach die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie den Ministerpräsidenten Herriot durch ihren Pariser Vertrauensmann hätte wissen lassen, sie würde sehr enttäuscht sein, wenn das französische Kabinett mit der gegenwärtigen deutschen Regierung in Unterhandlungen über die Regelung der deutsch-französischen Beziehungen, insbesondere über die Sicherheitsfrage, in Gedankenaustausch treten würde. Dazu feilt und der Parteivorstand mit, daß diese Meldung von A bis Z erfunden ist.

Deutschnationale und Inflationsopfer.

Deutschnationale Stimmen gegen den eigenen Antrag.

Der Reichstag unterbrach gestern die Beratungen über den Etat des Arbeitsministeriums und erlebte seine erste Debatte über die Aufwertung. Wer von den hoffenden Gläubigern bisher geglaubt hatte, daß die neue Rechtsregierung und der neue Reichstag ihren Wünschen mehr Entgegenkommen zeigen würde, dürfte außerordentlich enttäuscht worden sein.

Zur Beratung stand ein Initiativgesetz der Regierungsparteien. Es ist entstanden unter dem Druck der Sozialdemokraten, die seit mehreren Wochen allen Einfluß aufboten, um die Deutschnationalen zur Erfüllung ihrer Versprechungen zu zwingen. Da die Deutschnationalen den von ihnen selbst gestellten Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember, der die Regierung gezwungen hätte, sofort zur Aufwertung klar Stellung zu nehmen, nicht annehmen wollten, entstand aus Verlegenheit der jetzige Gesetzentwurf. Er bringt den Gläubigern nur einen scheinbaren Schutz, da die Berichte nur ermächtigt werden sollten, die Aufwertungsleistungen einstweilen auszuführen. Durch gleichzeitige sozialdemokratische und demokratische Anträge ist diese Bestimmung verschärft worden. Die Berichte müssen jetzt auf Antrag die Verhandlungen aussetzen. Das Gesetz ist ferner bis zum 30. April befristet worden. Obwohl diese Verbesserungen dazu geführt haben, daß das Gesetz in der Gesamtstimmung einstimmig angenommen wurde, ist eine Rechtsicherheit nicht geschaffen. Den Deutschnationalen, die in namentlicher Abstimmung gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmten, der ursprünglich ihr eigener Antrag war, danken deshalb die Später die fortwährende Rechtsunsicherheit.

Die Ansprache wurde eingeleitet mit einer Rede des Genossen Keil. Kurz und klar enthüllte er das demagogische Treiben der Deutschnationalen. Seine Abrechnung mit ihnen war ebenso vernichtend wie erschöpfend. Kein Widerspruch wurde auf der Rechten laut. So gut waren Keils Argumente und so unwiderstehlich die von ihm vorgebrachten Tatsachen, Herr Dr. Steiniger, dieser in allen Sätzen gerechte Postkater, wußte deshalb nur mit billigen Scherzen über die unbehagliche Situation hinwegzukommen. Für die Ablehnung des eigenen deutschnationalen Antrages wußte er kein anderes Argument vorzubringen als die Wut der Deutschnationalen, die Regierung dauernd unter hydraulischem Druck zu halten. Mit vollem Recht konnte deshalb Genosse Ströbel ihm erwidern, daß vom heutigen Tage ab kein Sparer mehr Vertrauen zu den deutschnationalen Versprechungen haben kann, da sie ja die Meinung vertreten, Nichtannahme ihrer Aufwertungsanträge sei die beste Hilfe für die hungernden Opfer der Inflation!

Gegensätze in der Handelspolitik.

Agrarier und Industrielle im handelspolitischen Ausschuss.

Die Verhandlungen des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages über das deutsch-spanische Handelsvertragsabkommen am Donnerstag haben einige politisch bemerkenswerte Momente. Zunächst ging aus der Erklärung des Reichsfinanzministers mit aller Klarheit hervor, daß die Inkraftsetzung des Abkommens mit Spanien ohne parlamentarische Genehmigung, also an sich ungesetzlich erfolgt ist. Damit ist eine gewisse Zwangslage geschaffen worden. Seit der Inkraftsetzung werden nämlich bei der Einfuhr spanischer Erzeugnisse nach Deutschland niedrigere Zölle erhoben und das gleiche geschieht jetzt bei der Einfuhr aus allen Ländern, mit denen wir im Verhältnis der Meißbegünstigung stehen. Das geschieht in der Form, daß die Differenz zwischen den alten höheren und den neuen niedrigeren Zollsätzen gefunden wurde. Würde der Vertrag jetzt nicht ratifiziert werden, dann müßten alle diese Differenzen bei den Zollzahlungen nachträglich erhoben werden, was praktisch fast unmöglich erscheint. Mit diesem geschicklichen Verfahren der Regierung wird sich der Reichstag noch zu befassen haben.

Die Ausschussverhandlungen deuten ferner den Gegensatz auf, der sowohl in der Regierung selbst wie innerhalb der bürgerlichen Parteien besteht, der Gegensatz zwischen den agrarischen und den industriellen Interessen. Raum je sind derartige Gegensätze in irgendeiner der bisherigen Regierungen in so scharfer Form vor die Öffentlichkeit gebracht worden, wie es diesmal geschehen ist. Nachdem die Vertreter des Reichswirtschafts- und des Auswärtigen Ministeriums sich sehr entschieden für die Ratifizierung des Vertrages eingesetzt hatten, fragte der Abg. Schneider (D. Sp.) bei dem Reichsfinanzminister Kanig an, wie eigentlich sein Ressort sich dazu stelle. Nun erklärte der Reichsfinanzminister, daß der Vertrag für die Winzer einfach ruindend sei. Dem widersprach der Vertreter des Auswärtigen Amtes, woraus hervorzugehen scheint, daß die Regierung selbst noch zu keiner einheitlichen Stellungnahme gekommen ist. Das wurde vom Abg. Dr. Hifferding (Soz.) festgestellt. Er verlangt die Ladung des Reichskanzlers Dr. Butzer, der ja erklärt habe, daß er die Richtlinien der Politik bestimme. Von ihm müsse der Ausschuss jetzt die Stellung der Regierung erfahren. Gen. Hifferding wies darauf hin, daß es noch niemals vorgekommen sei, daß ein Ausschuss die Vertreter der Regierung einander widersprechende Erklärungen abgegeben haben. Graf Kanig trat nun einen teilweisen Rückzug an; jetzt erklärte er, daß auf einige Monate der Vertrag auch für die Winzer tragbar sei, wenn die Aussicht auf spätere Abänderung bestände. Nunmehr drängten die Vertreter der Rechtsparteien in einer Geschäftsordnungsdebatte plötzlich auf eine sehr beschleunigte Beratschlagung des Vertrages.

Schon im Anfang der Debatte über diese Fragen hat sich also herausgestellt, daß eine feste Mehrheit für die Regierung in handelspolitischen Fragen überhaupt nicht vorhanden ist. Ist aber nicht die Bildung der Rechtsregierung damit zu rechtfertigen gesucht worden, daß endlich einmal eine stabile Mehrheit gefunden werden müsse und daß insbesondere die Handelspolitik nicht mit der Sozialdemokratie zu machen sei? Nun zeigt es sich aber, daß die Regierung auf die Stimmen der Sozialdemokraten angewiesen wäre, wenn die Regierungsparteien sich nicht zu einer anderen Haltung entschließen. Insbesondere die stärkste Regierungspartei, die Deutschnatio-

nalen, wollen offenbar den Versuch unternehmen, die handelspolitische Verantwortung auf die Sozialdemokratie abzuwälzen. Die Annahme des Vertrages wünschen nämlich auch die deutschnationalen Industriellen; auf der andern Seite wollen die deutschnationalen Agrarier ihre hemmungslose Demagogie nicht einschränken. So spekulieren die Deutschnationalen damit, daß die Sozialdemokratie das handelspolitische Vernünftige und Notwendige tun solle, ohne daß die Regierungsparteien mit der Verantwortung für die Politik ihrer eigenen Regierung belastet werden. Dieses Spiel erscheint uns nur zu durchsichtig, als daß es gelingen könnte.

Im dieses Wanders weniger deutlich zu machen, beantragten die Rechtsparteien die gesamten Verhandlungen des Ausschusses vertraulich zu führen. Sozialdemokraten und Kommunisten wandten sich entschieden dagegen. Es wurde beschlossen, nur für bestimmte Regierungsmittelungen die Vertraulichkeit zu wahren.

In der Fortsetzung der Aussprache legte sich Dr. Schneider (D. Sp.) als Industrievertreter zwar für den Antrag ein, er mußte aber erklären, daß Meinungsverschiedenheiten in seiner Fraktion beständen und daß deren endgültige Stellungnahme noch nicht vorliege. Er drängte dabei auf die baldige Beratschlagung des neuen Zolltariffschemas und neuer Zollsätze. In ähnlicher Weise äußerte sich der Vertreter des Zentrums, der noch forderte, daß Vertreter der Weinbauern und der Landwirtschaft vom Ausschuss gehört werden. Dr. Reichert (Dmt.) wünschte die Bernehmung von Sachverständigen; bei künftigen Verhandlungen soll man stets die gegenseitige Meißbegünstigung zu erreichen suchen. In seinen Ausführungen kam besonders deutlich der starke Drang der Rechtsparteien nach der schnellen Einführung des Hochschulgollsystems zum Ausdruck. Für diese Kreise gelten die Interessen der Gesamtwirtschaft ebensowenig wie die Interessen der verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft und der Konsumenten. Für sie ist nur das eigene Interesse maßgebend!

Kommunistenradau im Landtag.

Sabotage der Amnestie-debatte.

Als Hauptpunkt stand auf der gestrigen Tagesordnung des Landtags die Aussprache über die sozialdemokratischen und kommunistischen Amnestieanträge. Die Kommunisten zeigten auch hier, daß ihnen eine sachliche Behandlung der Frage, die allen das Los der politischen Gefangenen ändern könnte, vollkommen gleichgültig ist. Als Genosse Kuttner nach den Ausführungen eines Kommunisten als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion das Wort nehmen wollte, verursachten die Kommunisten einen derartigen Dauerlärm, daß es dem Vizepräsidenten Dr. Borzsig nicht gelang, dem Redner Stellung zu verschaffen. Die Sitzung mußte auf eine Viertelstunde unterbrochen werden. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verließen die Kommunisten den Saal. Genosse Kuttner führte nunmehr aus:

Das Schauspiel, das die Kommunisten uns soeben gegeben haben, beweist wieder einmal, daß für sie unsere ganzen Verhandlungen nur ein Mittel zum Zweck sind, nach außen Agitation zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Trotz des ungeheuren Geschreies, das sie nach der Amnestie erheben, glaube ich nicht, daß sie auch nur das mindeste Herz und Mitleid für die politischen Verurteilten haben.

Wäre ein Funken von Menschlichkeit in ihnen, dann würden sie nicht immer wieder die Gefängnisse füllen helfen, dann würden sie nicht immer wieder Verurteilte und unvorsichtige Anhänger in Aktionen hineinziehen, die schließlich dahin führen, daß zwar nicht die Herren Paul Hoffmann und Bied, wohl aber eine Reihe unbekannter Arbeiter in den Gefängnissen verschwinden.

Der Redner gibt seiner Bewunderung Ausdruck, daß von deutschnationaler Seite ein Amnestieantrag Schiele, vom jetzigen Reichsminister, eingegangen sei, während die deutschnationale Presse gegen die Amnestie schreie. Gegen das Ragdeburger Urteil spreche das Rechtsgefühl des deutschen Volkes (Widerspruch bei den Deutschnationalen), auch ein so bedeutender Rechtslehrer wie Prof. Dr. Kahl habe sich dagegen ausgesprochen. Er freue sich, daß der Führer des republikanischen Richterbundes Kroner so mutig seine Ansicht vertreten habe, wenn man auch über die Form verschiedener denken könne. Der Richter, der sich als Sieger von Ragdeburg habe feiern lassen, sei wirklich nicht vorbildlich. (Andauernde Zurufe bei den Deutschnationalen, große Unruhe im Hause.)

Nachdem die Amnestiefrage überhaupt nicht objektiv beurteilt, wenn man nicht einen Blick auf unsere heutige Situation wirft.

Die Vorgänge in unserer Rechtspflege während der letzten Zeit zeigen deutlich, daß unsere Strafrecht nicht mehr der Ausfluß des öffentlichen Gewissens ist.

Wenn z. B. die Rechtsregierung gegen das bekannte Ragdeburger Urteil Stellung nehmen mußte, dann ist damit klipp und klar gezeigt, daß dieses Urteil nicht dem öffentlichen Gewissen entspricht. Wenn aber das Rechtsgefühl gewisser Richter schon gegenüber hochgestellten linksstehenden Persönlichkeiten verfaßt, wie dann erst, wenn es sich nicht um bekannte Persönlichkeiten, sondern um unbekanntere einfache Arbeiter handelt. Und aus diesem Grunde ist die Amnestie in vielen Fällen unbedingt notwendig. Wenn die Kommunisten unsere Anträge als nicht ernst gemeint hinstellen, dann braucht man nur daran zu erinnern, daß wir bereits im vorigen Jahr für die Amnestierung der mit den Lebensmittelunruhen der Inflationszeit in Verbindung stehenden Vergehen eingetreten sind. Unsere Anträge und unsere Initiative haben Hunderte von Begnadigungen zur Folge gehabt. Hier bei uns haben die Kommunisten ein so weites Herz und Gewissen, daß nach ihren Anträgen schließlich auch alle Straftäter amnestiert werden müssen.

In Russland, wo sie das Heft in der Hand haben, da schließen die Kommunisten die politischen Gefangenen auf die Inseln im Polareis, da lassen sie die hungernden erdarmungslos wüten, da gibt es keine Gnade und keine Schonung für den politischen Gefangenen. (Sehr richtig links.)

Mit Nachdruck fordert Genosse Kuttner zum Schluß die Amnestierung der politischen Gefangenen im besetzten Gebiet aus der Zeit des Ruhrkampfes, vor allem die Freilassung der Arbeiter, die wegen sogenannter Streikvergehen ins Gefängnis geworfen wurden. Es ist eine Brutalität ohne gleichen, der Großindustrie des Ruhrgebietes Hunderte von Millionen nachzuwerfen und die Opfer der Aussperrungspraktiken der Schwerindustrie in Gefängnissen schmachten zu lassen. (Beifall links, Zwischen rechts.)

Darauf wurde die Zurückweisung der Anträge an den Rechtsausschuß beschlossen. Auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung, die um 1 Uhr beginnt, stehen kleine Vorlagen.

Der Kellerrat beschloß am Donnerstag, daß die Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag, den 10. Februar, auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt werden soll. Daran soll sich schließen die Wahl des Landtagspräsidenten. Die Tage vom 11. bis 17. Februar sollen plenarungsfrei bleiben. Das Plenum soll dann wieder vom 18. bis 21. Februar tagen, um, wenn das Kabinett fertig ist, die Regierungserklärung entgegenzunehmen und eine Aussprache darüber anzuschließen. Dann soll wieder vom 22. Februar bis einschließlich 1. März stungsfrei bleiben. Heute soll Dr. Schürerminstog sein. Außerdem stehen eine Reihe kleinerer Gegenstände auf der Tagesordnung.

Die Löhne der englischen Metallarbeiter. In unserer Bericht über die Rede des Genossen Dismann im Reichstag hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Die Löhne der englischen Metallarbeiter, von denen in der 3. Spalte, 2. Absatz die Rede ist, betragen nicht 1,83 M., sondern 1,33 M. für die Stunde.

Ein Brief Barmats an Bauer.

Nachprüfung durch den Prüfungsausschuss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlichte am Donnerstagabend einen Brief, der von dem Barmatschen Amexima-Konzern unter dem 27. September 1923 an den Reichskanzler a. D. Bauer gesandt worden sein soll. Das Schreiben lautet:

Ihr an Herrn Direktor Barmat gerichtetes Schreiben vom 26. d. M. ist uns zur Erledigung übergeben worden.

Wir fügen anbei einen Auszug Ihrer Rechnung, aus dem Sie zu ersehen belieben, daß Sie noch 1207,66 Dollar und 1915 700 M. zu bekommen haben, dagegen haben Sie 910 holl. Gulden (gleich 357,35 Dollar zum heutigen Kurse von 254,37) zu viel bekommen, so daß Sie im ganzen 850,31 Dollar und 1915 700 M. zu bekommen haben.

Die Vermutungen, die Sie in Ihrem Briefe vom 12. September ausgesprochen, sind absolut unbegründet. Ebenso unzutreffend sind die Angaben Ihres heutigen Briefes, wie Sie aus dem Auszug ersehen können. Die Viertel Prozent Umsatzprovision ist seit dem 1. April durch hfl. 300 M. monatlich ersetzt worden, so daß sie nicht mehr in Betracht kommt. Zinsen für die Beschaffung des 6-Milliarden-Kredits haben Sie nicht zu beanspruchen, da Ihnen dafür etwa 5000 Dollar bezahlt wurden. Natürlich war es unzulässig, wie Sie ja selbst wissen, für Sie Devisen zu kaufen, nachdem Sie Ihre Devisen im Juni haben verkaufen lassen.

Wir wollen ganz davon schweigen, welche kolossalen Verluste Sie Herrn Barmat durch Ihre authentische Informationen aus höchsten Kreisen zugefügt haben. Wir wollen auch unerwähnt lassen die 1000 holländischen Gulden, die Sie für Herrn Barmat außer der Reihe bekommen haben, und die vielen hundert Gulden, die Herr Barmat Ihnen seinerzeit in Holland ohne jeden Grund gegeben hat; auch die vielen Hunderttausende Mark, die Ihnen Herr Barmat seinerzeit gegeben hat, wo die Mark noch sehr viel wert war, und die 600 Demo-Aktien, die Ihnen franko überlassen wurden, wollen wir jetzt nicht in Rechnung stellen.

Wir erinnern Sie an all dies nur, damit Sie sehen, was Sie von Herrn Barmat bekommen haben, und was Herr Barmat Ihnen zu verdanken hat.

Der Vorsitzende des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingesetzten Prüfungsausschusses teilt uns mit, daß sofort nach Bekanntgabe des vorstehenden Briefes Mitglieder des Untersuchungsausschusses den Genossen Bauer ersucht haben, bis zur Prüfung der Angelegenheit sein Reichstagsmandat nicht auszuüben. Genosse Bauer stimmte dem zu.

Eine Erklärung des Genossen Gradnauer.

Der sächsische Gesandte in Berlin, Genosse Dr. Georg Gradnauer, hat aus Anlaß der ihn betreffenden Behauptungen der „Berliner Börsenzeitung“ ein Schreiben an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses des preussischen Landtages, Abgeordneten Dr. Seidig, gerichtet, das Dr. Seidig am heutigen Freitagmorgen erhalten wird. In diesem Schreiben sagt Dr. Gradnauer:

„Die „Berliner Börsenzeitung“ behauptet, ich soll 1919 circa 1000 holländische Gulden von Barmat erhalten haben; dieser Betrag sei von Barmat auf Unterkonten gebucht worden. Dazu erkläre ich: es ist nicht richtig, daß ich 1000 holländische Gulden erhalten habe. Ich habe damals für erforderliche laufende Ausgaben deutsches Geld umwechseln müssen in holländisches und belgisches Geld. Herr Barmat erklärte sich erbötig, einen Betrag zu wechseln. Er ersuchte, die Abrechnung dann vorzunehmen, nachdem der tatsächliche Betrag an ausländischer Münze festgestellt sei. Als ich den Betrag, der weit geringer als 1000 holländische Gulden war, dann zurückgeben wollte, erklärte er, daß ich ihn für beliebige Zwecke verwenden möge. Dies habe ich mit der Erklärung angenommen, daß der Betrag für wohltätige Zwecke verwendet werden solle. Demgemäß ist verfahren worden. Der Betrag ist für verschiedene Zwecke bei Dresdener Wohlfahrtsvereinigungen verwendet worden. Der Nachweis für diese Verwendung kann erbracht werden.“

Ein Schädling der Hochschule.

Disziplinarverfahren gegen Prof. v. Freytagh-Loringhoven

Wie der Anklische Preussische Pressedienst mitteilt, ist gegen den Breslauer Universitätsprofessor Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven vom Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein Disziplinarverfahren eröffnet worden, zu dessen Durchführung beim Reichstag die Aufhebung der Immunität v. Freytagh-Loringhovens beantragt worden ist. Den Grund des Verfahrens bilden öffentliche Kundgebungen, sowie eine Reihe von Zeitungsartikeln, die v. Freytagh-Loringhoven in der „Kreuzzeitung“, der „Deutschen Zeitung“, der „Schlesischen Tagespost“ und der „Ostpreussischen Zeitung“ veröffentlicht hat, durch die er bestehende Staatseinrichtungen und Vorgänge des politischen Lebens in einer Weise angriff, die sich mit seinen Pflichten als Beamter nicht vereinbaren läßt. v. Freytagh-Loringhoven war schon einmal vom Kultusminister wegen parteipolitischer Äußerungen in seiner Vorlesung zur Innehaltung größerer Zurückhaltung ermahnt worden. Ein wegen ähnlicher Vorgänge eingeleitetes Disziplinarverfahren hat mit einem Verweis geendet.

Deutsch-französische Verhandlungen.

Möglichkeit einer Verständigung.

Paris, 5. Februar. (W.T.B.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind heute nach etwa zehntägiger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Reynaldy besprechen in etwa zweifündiger Unterredung den Inhalt der französischen Note vom 26. Januar und die vorgelegten von der deutschen Wirtschaftsdelegation überreichte Antwort. Im Verlaufe der Unterhandlungen ergaben sich Möglichkeiten für eine Verständigung. Die beiden Delegationsführer werden nunmehr über das Ergebnis ihrer heutigen Beratung ihren Delegationen Bericht erstatten, damit die Verhandlungen in den nächsten Tagen in Vollstufen der beiden Vertretungen fortgeführt werden können. Wenn sich auch nichts voraussetzen läßt, so ist, wie der hiesige Vertreter des W.T.B. erzählt, doch der Eindruck nach dieser ersten Fühlungsname nicht ungünstig.

Die Sozialisten und Marokko.

Friedliche Expansion — aber kein Vorwand für Eroberung.

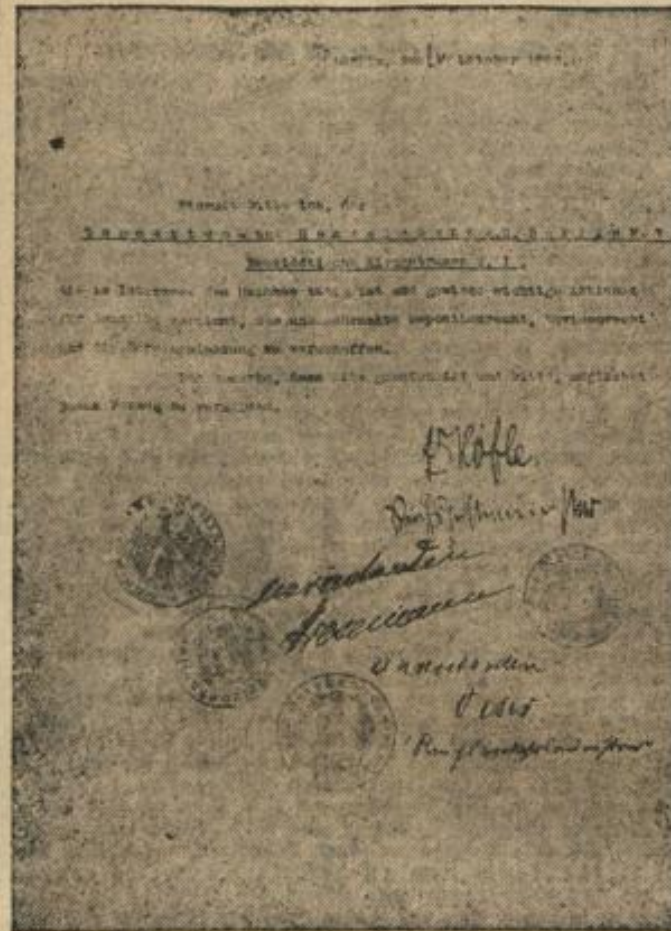
Paris, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer legte am Donnerstag die Beratung über das zurückgestellte Kapitel des Ausgabenetats fort. Der Kredit für die Postchaft der Sozialregierung ist ohne Debatte angenommen worden. Der am Mittwoch vom kommunistischen Abgeordneten Doriot gestellte Antrag auf Streichung familiärer Kredite für die französische Okkupation Marokkos ist mit 420 gegen 30 kommunistische Stimmen abgelehnt worden. Der sozia-

Die Geschichte einer Empfehlung.

Stresemann — Sprit-Weber — Wolpe.

Herr Dr. Stresemann hat in unbestimmter Form bestritten lassen, daß er dem Sprit-Weber einen freundlichen Brief geschrieben und ihn als Pate in den Reichsklub der Deutschen Volkspartei eingeführt hat. Sein volksparteiliches Sprachrohr, Herr Dr. Pinkerneil, hat versucht, die Verantwortung für diese Empfehlungen auf Frau Katharina v. Oheim abzuschieben. Das „Berliner Tageblatt“ behauptet demgegenüber, Herr Dr. Stresemann habe Herrn Weber in den volksparteilichen Klub eingeführt, Herr Weber habe ein Eintrittsgeld von 2500 M. gezahlt, und weiterhin an Herrn Stresemann für die „Zeit“ zweimal größere Summen, zusammen mehr als 20 000 M. Bällige Klarheit darüber kann nur geschaffen werden, wenn sich auch in diesem Falle die beteiligten Personen zur eidlichen Bernehmung melden.

Die hier im Facsimile abgedruckte Empfehlung wird indessen Herr Dr. Stresemann nicht bestritten können:



Der Text lautet:

Berlin, 26. Oktober 1923.

Hiermit bitte ich, der

Depositen- und Handelsbank K. G.,
Berlin N. 7, Neustädtische Kirchstraße 31.

die im Interesse des Reiches tätig ist und gewisse wichtige Aktionen für dasselbe vornimmt, das unbeschränkte Depositenrecht, Devisenrecht und die Börsenzulassung zu verschaffen.

Ich bemerke, daß Eile geboten ist, und bitte, möglichst jeden Verzug zu vermeiden.

Stempel: Der Reichspostminister.

Dr. Höfle, Reichspostminister.

Stempel: Der Reichskanzler.

einverstanden Stresemann.

Stempel: Der Reichsverkehrsminister.

einverstanden

Dejer, Reichsverkehrsminister.

Dieser Brief ist wohl die stärkste Befürwortung, die je einem Unternehmen durch verantwortliche Reichsminister zuteil geworden ist. Wem galt diese Empfehlung?

Die „Depositen- und Handelsbank“ gehörte zu der Zeit, als die Empfehlung gegeben wurde, mit der großen Mehrheit ihrer Aktien einem Herrn Wolpe. Herr Wolpe betrieb amt-

liche Geschäfte für das Reich; sie bestanden darin, daß er für die verschiedenen Reichsministerien Gold und Devisen mit ungeheurem Zwischengewinn ankaufte. Leider ließen sich diese Geschäfte nicht lange treiben. Der Reichsbankpräsident fuhr mit einem heiligen Donnerwetter dazwischen. Als Entschädigung erhielt Herr Wolpe die Empfehlung der drei Reichsminister.

Der südslawische Wahlterror.

Gegen Raditschpartei und Sozialisten.

Belgrad, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahlkampf in Serbien wird gegen die kroatische Bauernpartei und gegen die Sozialdemokratie mit allen nur erdenklichen Gewaltmitteln geführt. Ein früherer sozialistischer Abgeordneter wurde nach einer Versammlung überfallen und lebensgefährlich verletzt. Die Versammlungen der Sozialdemokratie werden systematisch hintertrieben, gestört oder gesprengt. Die Regierung sieht diesen Gewalttaten mit verengten Armen zu.

Wehrpflicht in Horthy-Ungarn.

Die Entente soll die Tatsache anerkennen.

Budapest, 5. Februar. (W.T.B.) In der Rationalsversammlung erklärte zu dem Antrag des Finanzausschusses, die Regierung möge Schritte unternehmen, daß an Stelle des Soldnerheeres die Wehrpflicht eingeführt werde, der Landesverteidigungsminister, auch die Regierung finde die Bestimmung des Trianon-Friedens nicht im Einklang mit der Lage des Landes und sei bestrebt, den Völkerbund und die Großmächte

liche Geschäfte für das Reich; sie bestanden darin, daß er für die verschiedenen Reichsministerien Gold und Devisen mit ungeheurem Zwischengewinn ankaufte. Leider ließen sich diese Geschäfte nicht lange treiben. Der Reichsbankpräsident fuhr mit einem heiligen Donnerwetter dazwischen. Als Entschädigung erhielt Herr Wolpe die Empfehlung der drei Reichsminister.

Welchen Erfolg hatte die Empfehlung? Einen sehr merkwürdigen! Der Börsenkommissar im preussischen Handelsministerium, Geheimrat Vippert, und sein zum Reichsdevisenkommissar bestellter Kollege, Geheimrat Fellingner, waren über diese Empfehlung einer notorischen Schieberbank durch drei Reichsminister so empört, daß sie jedes Eingehen auf die Wünsche der „Depositen- und Handelsbank“ ablehnten. Die „Depositen- und Handelsbank“ bekam weder Depotrecht noch Devisenerlaubnis. Auch der Börsenvorstand, bei dem das Original des Empfehlungsschreibens liegen soll, lehnte die Zulassung zur Börse ab. Aber diese Entscheidung konnte nicht verhindern, daß der „Depositen- und Handelsbank“ auf die Empfehlung der drei Minister hin fünf Millionen Mark Postgelder ohne jede ernsthafte Deckung geliehen wurden, Gelder, die restlos verloren waren, als die Firma Mannesmann unter bestimmten Voraussetzungen die Schuld auf sich übernahm.

Die Direktoren der „Depositen- und Handelsbank“, die Herren Wolpe und Kliticka, sind kurz nach der Empfehlung durch die drei Minister mit mehreren Millionen Mark flüchtig geworden, die sie als Kredite von der Staatsbank erhalten hatten, und werden gegenwärtig steckbrieflich verfolgt. Sowohl Herr Wolpe wie sein Hauptvertreter, Herr Woltenberg, sind Nicht-Deutsche, sie stammen aus dem Osten, was ihrer Empfehlung durch Herrn Dr. Stresemann offenbar nicht hinderlich war.

Es liegt uns fern, den beteiligten Ministern einen Vorwurf zu machen. Es ist viel zu gut und viel zu allgemein bekannt, daß z. B. Minister Dejer seine Hand nie zu etwas Unlauterem bieten wird, er ist einfach das Opfer einer geschickten Täuschung geworden. Aber wie viel schwerer liegt ein solcher Fall, als die alltägliche Bitte an den Herrn Beamten Soundso, den Herrn Soundso zu empfangen und anzuhören?

In diesem Zusammenhang noch eine Frage: Kennt das Reichsarbeitsministerium die „Luisenstädtische Genossenschaftsbank“? Ist es richtig, daß aus den Mitteln des Reichsarbeitsministeriums der „Luisenstädtischen Genossenschaftsbank“ mehrere Millionen Mark geliehen worden sind, die sie zu vier Fünfteln an Kommunen weiter verleihen sollte, in Wahrheit aber nur zu zwei Fünfteln an die Gemeinden weitergegeben hat? Ist es richtig, daß die Deutsche Girozentrale vor diesen Geschäften in einem amtlichen Schreiben gewarnt hat? Ist es ferner richtig, daß die Empfänger dieser Kredite mit zweieinhalb Millionen Mark nach Rumänien durchgebrannt sind, und ist es richtig, daß zu Leitern der „Luisenstädtischen Genossenschaftsbank“ die Herren Dr. Borchardt, Dr. v. Bamberg und v. Bethmann-Hollweg gehören?

Die Affäre der Wohnstätten-G. m. b. H.

Die Ziegelsteine des Herrn Schiele.

Zu unseren Anfragen über Beziehungen zwischen dem Herrn Reichsinnenminister Schiele und der Wohnstätten-G. m. b. H. geht uns folgende Antwort von der Pressestelle der Reichsregierung zu:

Es ist richtig, daß Herr Abg. Schiele aus seiner Ziegelei an die Firma, welche mit dem Materialeinkauf für die Baugesellschaft Held u. Franke & Co. betraut war, Bauziegel geliefert hat. Dies geschah jedoch im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs und zu den gleichen Preisen und Bedingungen, zu denen sonst aus der Schiele'schen Ziegelei geliefert wurde. Im vorliegenden Falle handelte es sich um einen Vertrag über zukünftige Lieferung, bei dem, wie in der Industrie üblich, die allgemein geltenden Richtpreise zu Grunde gelegt wurden. Es waren dies die Richtpreise des Rührischen Ziegeleibundes, die vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg genehmigt waren.

Die Antwort ist prompt, nur geht sie nicht auf das Verhältnis der Schiele'schen Preise zu den Tagespreisen ein, und nicht auf die Frage, ob Geschäftsbeziehungen zwischen Herrn Schiele und der Wohnstätten-G. m. b. H. bestanden.

davon zu überzeugen; der Minister stimmte dem Antrag zu, der angenommen wurde.

Dazu sei bemerkt, daß Horthy-Ungarn seit Jahren mit Wissen und Billigung der Großen Entente und zum größten Unbehagen der Kleinen Entente die 23jährigen zwangsweise eingezogen und militärisch ausgebildet; ferner stehen neben der erlaubten Armee viele Tausend Finj- und Zollwächter, Gendarmen, Feuerwehrlente und eine Masse Offiziere aller Grade werden zur körperlichen Ausbildung befoldet. Die Veröffentlichung des Budgets mit all diesen Tatsachen ist dem Finanzkontrolleur des Völkerbundes, Smith, so fatal, daß er zurücktreten muß.

Die Beratung des Generals a. D. v. Nathusius gegen das bekannte französische Kriegsgerichtsurteil hat die Strafkammer des Kassationsgerichtshofes zurückgewiesen.

Saarpfälz entlassen. Laut „Saarbrücker Zeitung“ wird die oberste Polizeiverwaltung in Saarbrücken aufgelöst. Der Chef Adler und sein Mitarbeiter Kollin waren in skandalösen Spigelaffären wiederholt genannt worden.

Vollkammer Houghton hat sich Präsident Coolidge gegenüber bereit erklärt, den Botikasterposten in London anzunehmen. Wenn dieser bewährte Freund des deutschen Volkes wirklich von Deutschland scheidet, so wird man nur hoffen können, daß sein Nachfolger ebenso deutschfreundlich sei.

Im Memelgebiet ist der Präsident des Landesdirektoriums, Gailas, aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Nachfolger ist sein bisheriger Stellvertreter Worchert.

Der griechisch-türkische Konflikt. Vor der Rationalsversammlung zu Angora erklärte Premierminister Peth u. Vey zu der griechischen Protestnote gegen die Abchiebung des blumenreichen Patriarchen von Konstantinopel nach Griechenland, dies habe der Entscheidung der gemischten Kommission entsprochen; nicht als Patriarch, sondern als Austauschperson habe Konstantin wegmüssen. Das Patriarchat solle bestehen bleiben, gegen das Christentum habe man nichts.

Gewerkschaftsbewegung

Die 700 Millionen sind ausgegeben.
Für die Reichsarbeiter ist kein Geld da.

Die Reichsregierung hat am 24. Dezember die Tarifverträge für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter genehmigt. Im Laufe der letzten Wochen haben mit den beteiligten Organisationen im Reichsfinanzministerium bereits Verhandlungen stattgefunden, die den Abschluss eines neuen Tarifvertrages zum Zwecke hatten. Die von der Regierung den Organisationen vorgelegten Abänderungsvorschläge wiesen jedoch gegenüber dem bisherigen Zustande, besonders in der Urlaubsgewährung, in der Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen wesentliche Verschlechterungen auf. Auch in der Arbeitszeitfrage soll es bei der jetzt geltenden neunstündigen täglichen bzw. 54stündigen Wochenarbeitszeit bleiben. Wohl ist es den Arbeitnehmervertretern gelungen, gegenüber den Regierungsvorschlägen einige Verbesserungen zu erzielen. Ein endgültiges Ergebnis ist aber noch nicht zustande gekommen. Beide Teile betrachten das bis jetzt erzielte Verhandlungsergebnis als vorläufige Lösung. Die Arbeitnehmervertreter haben sich vorbehalten, das bis jetzt erzielte Ergebnis ihren Verbandspersonalstellen zur weiteren Beschäftigung vorzulegen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich in der nächsten Woche weitergeführt. Ob es auf dem Verhandlungswege zu einer endgültigen Vereinbarung und zu einem neuen Abschluss des Tarifvertrages kommen wird, ist nach der Einstellung der Regierung sehr fraglich, vorausgesetzt, daß nicht noch in letzter Stunde im Finanzministerium die nötige Einsicht Platz greift. Man will die Arbeiter in ihrer sozialen Stellung wieder in die Zeit der Vorkriegszeit zurückwerfen. Die Organisationen werden dafür Sorge tragen, daß das nicht geschieht.

Was der Mecklenburgische Landbund wünscht.

22 000 ausländische Arbeiter.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft ist kontingentiert. Für Mecklenburg-Schwerin waren für 1924 ebenfalls für 1925 17 000 Arbeiter durch die Reichsarbeitsverwaltung bewilligt. Diese Zahl genügt dem Landbund nicht. Er fordert noch 5000 Ausländer.

Dieser Forderung muß entschieden widersprochen werden. Die bemittelte Zahl genügt für die mecklenburgische Landwirtschaft. Die Mecklenburger Landwirte haben das auch selbst bewiesen. Sie haben nämlich zahlreiche polnische Landarbeiterfamilien auf die Straße gesetzt, die nun die Ähre der Großstädte bevölkern. Es kann also ein Bedürfnis für Heranzuführung von weiteren 5000 Ausländern nicht bestehen.

Bezeichnend für das Verhalten der Arbeitgeber in Mecklenburg ist, daß sie es bisher hartnäckig abgelehnt haben, mit den Gewerkschaften eine tarifliche Regelung der Lohnverhältnisse für die ausländischen Arbeiter zu vereinbaren. Diese Tariffragen zusammengesetzt sind ein derartig unerwünschter Zustand für die deutsche Wirtschaft, daß die Reichsarbeitsverwaltung keiner weiteren Einführung ausländischer Arbeiter für Mecklenburg zustimmen kann. Es wird im Gegenteil zu erwägen sein, ob nicht das bisher für Mecklenburg bewilligte Kontingent zu hoch ist und herabgesetzt werden muß.

Schwandelmeldung der „Roten Fahne“.

Genosse Böttner, Gauleiter des Lederarbeiter-Verbandes für den Bezirk Hefen-Rostau, schreibt uns: Zurzeit in Berlin vorübergehend tätig, kommt mir die Nr. 28 der „Roten Fahne“ zu Gesicht, die unter der Spitzmarke „Kommunistische Erfolge bei den Ortsverwaltungen wählen in den Gewerkschaften“ u. a. folgende Schwandelmeldung verbreitet:

„In Frankfurt hat die Ortsverwaltung des Lederarbeiterverbandes die fünf zur Neuwahl aufzustellenden Genossen kurzerhand aus der Organisation ausgeschlossen. In der darauf stattgefundenen Jahresversammlung hat sich die Gewerkschaftsbürokratie unter dem polizeilichen Schutz von einem Polizeileutnant und zehn Mann begeben. Nachdem erhielt die der Abstimmung die Opposition 126 gegen 184 Stimmen der SPD.“

Dieser Bericht ist Wort für Wort erfunden und erfunden. Die Wahl der Ortsverwaltung unseres Ortsvereins Frankfurt-Niederrad erfolgte per Affirmation. Da auch unsere sogenannten „Revolutionäre“ für die zur Wahl vorgeschlagenen Kollegen stimmten, kann weder von einer „Oppositionsliste“ noch von einem „Organisationsausschluß“ die Rede sein. Eine Anrufung der Polizei um Schutzmaßnahme hatten wir wirklich nicht nötig, da wir unsere „Opposition“ nicht fürchten und nach wie vor nach in den Bogen sind, mit ihr fertig zu werden. Die „Rote Fahne“ hat also in Ermanglung wirklicher Erfolge ihren Geißelstab in Rostau und ihren Bogen in Berlin wieder einmal eine erlogene Räubergeschichte vorgelegt.

Von Schölem bis Klonne.

Gegen das Abkommen von Washington.

Die Erklärungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns zur Ratifizierung des Abkommens von Washington, die unsere Leser im Reichsbotenbericht finden, sind reichlich unklar und vieldeutig. Der Reichsarbeitsminister hat sich auch auf die Abmachungen der Konferenz der Arbeitsminister in Bern berufen. Bis heute sind der Öffentlichkeit diese Abmachungen jedoch vorenthalten. Wie die gegenwärtige Reichsregierung das Arbeitszeitabkommen von Washington aussieht, darüber wird man erst ein klares Bild haben, sobald dem Reichstag endlich das in Aussicht gestellte Arbeitsgesetz vorliegen wird.

Arm in Arm mit dem deutschnationalen Scharfmacher Klonne reitet auch die „Rote Fahne“ eine Attacke gegen das Abkommen von Washington. Sie zitiert die im Abkommen von Washington als zuwärfig anerkannten Ueberfahrungen des Achtstundentages, verschweigt jedoch, daß nach dem Abkommen von Washington Ueberstunden höher bezahlt sein müssen. Sie behauptet unter anderem, daß Polen das Abkommen von Washington ratifiziert hat, und daß trotzdem dort in einem großen Teil der Industrie 12 bis 14 Stunden gearbeitet wird. Tatsächlich hat Polen das Abkommen noch nicht ratifiziert. Der Artikel der „Roten Fahne“ ist in Wirklichkeit nur bestimmt, die Einheitsfront zwischen den Kommunisten und den schwerindustriellen Scharfmachern gegen die internationale Festlegung einer Mindestgarantie in der Arbeitszeit zu mobilisieren.

Die Gewerkschaftsarbeit der Buchbinder.

Am Mittwoch fand im Gewerkschaftshaus eine Jahresbranchenversammlung aller in V.D.B., Zpt- und Buchdrucker-Buchbindereien beschäftigten Verbandsmitglieder der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter statt.

Branchenleiter Herzog gab den Jahresbericht, in dem er noch einmal auf die zunehmende Inflation hingewies. Trotz dem im graphischen Gewerbe die Geldlöhne zuerst eingeführt wurden, seien die Löhne besonders für die Arbeiterinnen nicht ausreichend gewesen. Es kam schließlich zum Abschluss eines Sondervertrages für Berlin. Die Lohnbewegungen der Buchdrucker wirkten sich für das ganze Gewerbe aus. Wenn die Buchbinderarbeiten für das Jahr 1924 trübe der Zukunft entgegenstände, so bestanden bei Ablauf des Berichtsjahres einigermassen gute Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Zu den Lohnverhandlungen führte Herzog aus, daß für die Buchdrucker-Buchbindereien sich sowohl Löhne wie Arbeitszeit denen der Buchdrucker anpassen. Die Zpt-Betriebe hatten infolge der schlechten Konjunktur weit niedrigere Löhne. Alle Verhandlungen über einen gerechten Ausgleich scheiterten an dem Widerstand der Unternehmer, die ihre ablehnende Haltung stets damit begründeten, daß diese Industrie als Exportindustrie konkurrenzfähig bleiben müsse. Das Reichsarbeitsministerium hätte dann einen Schiedsspruch, wonach der Spitzenlohn ab 26. Februar 80 Pf. beträgt. Zu diesem Schiedsspruch ist die beiderseitige Zustimmung erfolgt. Für die V.D.B.-Buchbindereien waren die Verhältnisse in Leipzig besonders ungünstig. Auch die Erhöhung der Akkordlöhne konnte sich nicht auswirken. Im November kam es zu einer Vereinbarung von 76 Pf. Stundenlohn. Von der Leitung des oppositionellen Verbandes wurde damals mit allen Mitteln versucht, die Organisation in den Schmutz zu ziehen. Es war auch jetzt nicht möglich, an die Löhne der Buchdrucker heranzukommen. Ab 19. Februar beträgt der Spitzenlohn 80 Pf. In dem beiderseitigen Arbeitszeitabkommen, bei dem die Mehrbezahlung mit 12 1/2 Proz. bis zum Ablauf der Verträge festgelegt ist, konnte eine Verbesserung nicht erreicht werden. Die erste Aufgabe der neuen Branchenleitung muß es sein, den Akkordtarif neu zu gestalten. Die Agitation in der Buchbinderbranche war infolge der Spaltung außerordentlich schwierig. Aus der großen Zahl der Sitzungen und Verhandlungen ergibt sich eine rege Organisationsfähigkeit. Mäße trotz der sonstigen Bestrebungen des oppositionellen Verbandes, die Klüfte zu erweitern, die Buchbinderbranche wieder das werden, was sie vor dem Kriege war.

In der Diskussion wurde die Zerpfitterung lebhaft bedauert. Wienick vom Hauptvorstand betonte, daß sich die Organisation des Ergebnisses ihrer Arbeit nicht zu schämen brauche. Von der Opposition sei die Einigung leider nicht ehrlich gemeint. Sachliche Gewerkschaftsarbeit müsse auch in Zukunft geleistet werden.

Nach der Wiederwahl Herzogs zum Branchenleiter wurde die Versammlung vertagt.

Die Jahresversammlung der Zugsapierbranche nahm am Dienstag im Gewerkschaftshaus durch den Branchenleiter Lippold den Jahresbericht entgegen. Befund und Verlauf der Versammlung zeigten den Aufstieg, welchen die Branche im verfloffenen Jahre nahm.

Der Berichterstatter zeichnete in großen Zügen das ausgedehnte Arbeitsgebiet dieser Branche, in welcher erloht werden die Arbeiterinnen und Arbeiter der Briefumschlag-, Chromo-, Photo-, Zugsapier-, Kolortier- und gemischten Betriebe, mit ihren schwierigen

Tarifabschlüssen. Der größte Teil dieser Branchengehörigen sind Weibliche und Jugendliche, zum Teil ungelernete Arbeitskräfte. Vor dem Kriege wurden diese außerst niedrig entlohnt. Der Organisation ist es nach schweren Opfern und großer Mühe gelungen, einigermaßen haltbare Tarifabschlüsse zu tätigen. Die „Opposition“ habe zu Beginn des Jahres mit ihren Allerweltsversprechungen einige Betriebe zu sich herüberzuziehen vermocht. Die Enttäuschung ist jedoch bei diesen betriebl. Branchengehörigen bereits eingetreten. Die Leute haben sich unserer Organisation wieder angeschlossen.

Der Redner zeigte an einigen recht krassen Beispielen, wie Unternehmer glauben, mit Arbeitnehmern spielen zu können. Die Firma Kugner u. Berger, Inhaber Silberstein, läßt vier bis fünf junge Mädchen neben ihrer Berufsarbeit die Fenster des Fabrikraumes reinigen. Für eine hierbei zerbrochene Fensterscheibe glaubt sich der Unternehmer vollkommen schadlos halten zu können, indem er jeder der jungen Arbeiterinnen von ihrem letzten Verdienst, welcher zwischen 7 bis 18 M. pro Woche beträgt, 1,50 M. abziehen läßt. Durch das Eingreifen der Organisation und Klagenandrohung erhalten die Arbeiterinnen ihre Abzüge zurück.

Die beste Waffe gegen Unternehmerrückwärts und Unternehmerrückwärts ist eine starke, geschlossene Arbeitnehmerorganisation, die verdoppelt heimzählt, was die Unternehmer glauben, in ihrem Herrenfondpunkt den Arbeiterinnen ihre Abzüge zurück.

Als Branchenleiter wurde Lippold einstimmig wiedergewählt. Zu Mitgliedern der Branchenleitung wurden gewählt Meißner, Bangner, Kofsch, Symonowitsch, Töpfer. Mit einem warmen Appell des Bevollmächtigten der Organisation Kaspar, alle Kraft und freie Zeit für die Stärkung der Organisation einzusetzen, wurde die gut verteilte Versammlung geschlossen.

Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Essen, 5. Februar. (W.F.B.) Unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlisch und unter Teilnahme von Vertretern des Handelsministeriums und des Oberbergamtes fanden heute die Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau statt. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, kam es zu einem Schiedsspruch mit wechselnden Mehrheiten, der das bisherige Abkommen mit einigen Abänderungen verlängert. Die Arbeitszeit in Kohlereien soll ab 1. März bereits acht Stunden betragen, nicht wie in der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vorgesehen ist, ab 1. April.

Lohnkonflikt in der Schwerindustrie.

Bochum, 8. Februar (W.F.B.) Zu den Lohnverhandlungen der Metallarbeiterverbände in der nordwestlichen Gruppe (Schwerindustrie) verlangen die Arbeitnehmer einen Grundlohn von 70 Pf. für die Fabrikarbeiter, für die übrigen Arbeiter eine Lohnverhöhung im entsprechenden Verhältnis. Der letzte Schiedsspruch sah für die Fabrikarbeiter über 21 Jahre einen Tariflohn von 60 Pf. für Fabrikarbeiter einen solchen von 48 Pf. vor. Eine weitere Forderung der Metallarbeiterverbände ist auf Wiedereinführung von 30 Pf. in den einzelnen Betrieben. Zur Arbeitszeitfrage fordern die Verbände eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 57 1/2 Stunden auf 56 Stunden in der Woche.

Die Verhältnisse der Ingenieure und Chemiker in der Industrie behandelt ein eben ausgegebener Bericht des Internationalen Arbeitsamtes. Ingenieure sind in den verschiedensten Stellungen in der Industrie beschäftigt, vom Koloniar, der eben die Schule verläßt, bis zum Leiter einer großen Unternehmung und zum Beamten öffentlicher Betriebe, der in die Rangliste eingereiht ist, bis zum beratenden Ingenieur in völlig unabhängiger Stellung. Ungefähr gleiches trifft hinsichtlich der Chemiker zu. Die Angaben, aus welchen der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes beruht, wurden auf dem Korrespondenzwege aus 25 Staaten erlangt.

Transportarbeiter der Berliner Metallbetriebe!

Sonntag, den 8. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Germania-Hallen, Gausstr. 116, große Versammlung. Alle Fahrer, Fahrer, Hilfs- und Transportarbeiter haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Zu dieser Versammlung als Redner eingeladen, hat keiner fehlen.

Deutscher Verkehrsband, Sektion 5.

Deutscher Verkehrsband, Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebskomitee aus den Branchen: Bäckereien - Pflanzereien, Bäckerei-Verkehrsbranche - Holzindustrie, Expedition - Mitteltransport, Schmier- und Leichtschwert - Mühl-Abfuhr - Pöten und Soeben - Glas- und Zepfleinrichtung - Brauereien und Bierbrauereien, Strohen-, Holz- und Reibschnecken sowie Omnibusbetriebe: Metallindustriebetriebe und Post - Telegraphie, Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe: Sonntag, den 9. Februar, ebenfalls 9 1/2 Uhr, im Zimmer 4, Gausstr. 21-25, Aufh. B. part., Volkserhellung, Mitgliedsbuch und Betriebsratsausweis 1924 legitimieren.

Klatsch, Rumores! Betriebskomitee, erinnert die Jungkameraden (Schilling) nochmals an den gemeinsamen Besuch der Arbeiterwohlfahrtsausstellung. Alle Jungkameraden treffen sich pünktlich am Sonntag vormittags 10 1/2 Uhr in Charlottenburg, Traumbühnenstr. 11-12. Eintritt und Nachgelde bezahlt der Verband.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erhard Salfermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Götter; Kultur: A. S. Schöler; Soziale und Sonstige: Fritz Korb; Redaktion: H. Götter; Schriftf. in Berlin: Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Brand: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eisenstr. 2. Siegen 2 Sillagen, „Hilfsleistung und Wissen“ und „Kameradschaft“.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Frisches Fleisch	
Schweineschulterblatt ohne Beilage Pfund	30 Pf.
Hammelfleisch (Dicke Rippe) Pfund	62 Pf.
Hammelrücken Pfund	68 Pf.
Kammelfleisch Pfund	30 Pf.
Kalbskamm Pfund	64 Pf.
Kalbsrücken Pfund	70 Pf.
Kalbskeule Pfund	76 Pf.
Kassler mild gepökelt Pfund	1.00
Schweineköpfe gepökelt Pfund	36 Pf.
Prima Schweineieren gefroren, w. frisch, Pfd.	62 Pf.
Ochsen-Suppenfleisch gefroren, Pfund	50 Pf.
Ochsen-Schmorfleisch gefroren, o. Knochen, gefroren, Pfd.	80 Pf.

Wurstwaren		Kolonialwaren		Käse		
Delikatess-Salzerwurst 45 Pf.	Tafelreis Pfund	22 Pf.	Camembert (Schneidkäse) 32 Pf.	Quadratkäse 32 Pf.	Briekäse Pfund	48 Pf.
Rot- u. Leberw. Pfd. 70 Pf.	Schnittnudeln Pfd.	25 Pf.	Stangenkäse Pfund	50 Pf.	Dän. Gouda Pfund	78 Pf.
Berl. Mettwurst Pfd. 95 Pf.	Linzen Pfund	23 Pf.	Limburger Pfund	85 Pf.	Edamer Pfund	90 Pf.
Jagdwurst Pfund 1.20	Erbsen 1/2 gesch. Pfund	23 Pf.	Stangenkäse Pfund	90 Pf.	Dän. Schweizer Pfd.	1.10
Mettwurst o. Braunschweig, Art. 1.20	Haferflocken Pfund	23 Pf.	Edamer Pfund	90 Pf.		
Salamiwurst Pfund 1.35	Eierschnittnud. Pfund	30 Pf.				
Schinkenw. Pfund 1.45	Hartgriess Pfund	30 Pf.				
Teewurst Pfund 1.50	Ital. Spaghetti Pfd.	40 Pf.				
Schinkenspeck Pfd. 1.55	Makkaroni Pfund	45 Pf.				

Wild - Geflügel		Konserven	
Hasen gestreift Pfund	95 Pf.	Karotten geschneitten 40 Pf.	
Gänse gefroren Pfund	98 Pf.	Kohlrabi in Scheiben 48 Pf.	
Gänsestückenfl. Pfd. 70 Pf.		Gem. Erbsen 45 Pf.	
Gänsekeulen Pfund 1.40		Junge Erbsen 55 Pf.	
Gänseklein mit Magen Pfund 1.40		Schneidbohnen 85 Pf.	
Gänsebrust o. Kn. Pfd. 1.60		Leipziger Allerlei 90 Pf.	
Suppenhühner Pfund 1.45		Pfefferlinge 1.00	
		Brachspargel stark 2.00	
		Stang.-Spargel sehr stark 3.70	
		Pflaumen 1/2 Frucht 75 Pf.	
		Apfelsinen 70 Pf.	
		Birnen 1/2 Frucht 95 Pf.	
		Kirschen essbar, o. St. 1.10	

Weine vom Fass	
Roter Tarragona volle Qualität, Liter	1.50
Sonnengartner vollere spanischer Weinstock, Liter	1.50
Orig. Insel Samos bester spanischer Weinstock, Liter	1.90

Vorzügl. billige Tischweine	
1922er St. Martiner 85 Pf.	1922er Zeller Schw. Herrgott 2.25
1922er Gundersheimer 1.25	Johannisbeerwein 95 Pf.
1921er Edenkoberer 1.40	Süsser Apfelwein 95 Pf.
1921er Alsterweilener Letten 1.75	1921er Haut-Cimes 2.25

Adler-Süßer Deutscher Weinbrand	
Flasche 3.90	Flaschen 37.50

Fortsetzung des grossen Verkaufs der Weissen Woche

Die Verletzten der Großstadt.

Wielgeschickig ist das Antlitz der Gefahr in den verkehrsdurch-
stuteten Werten eines Großstadt-Organismus. Zu harten Waffen-
gange treten Tod und Leben täglich miteinander in die Schranken.

Die Unfallstation.

Jeder Rettungswache stehen mehrere, verschiedenen Zwecken
dienende, und entsprechend ausgestattete Räume zur Verfügung.



Nur! - Dabtrium nich!

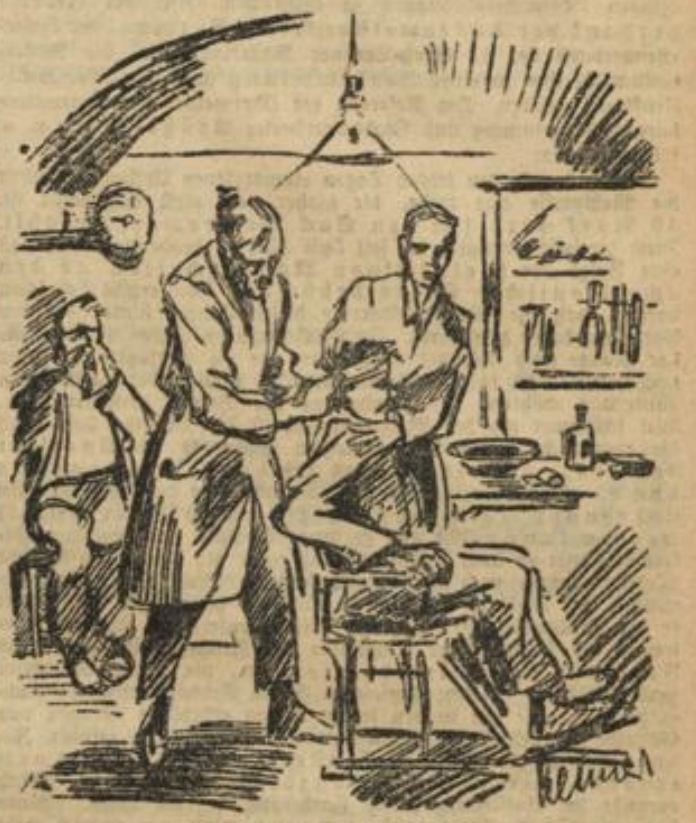
einer kompletten frauenärztlichen Ausrüstung, Kopfspiegel, Mund-
öffner, Zungenhalter, Pinzetten aller Art, Klammern zum Zusammen-
fügen der Wundränder, acht silberne Ohrentrichter, silberne Kanülen
- kurz ein ganzes Arsenal blühender und blühender Instrumente.

mit denen eine hochentwickelte Technik dem Arbeit in jeder Form zu
Leibe geht. Selbstverständlich sind auch Injektions- und Beidungs-
mittel, wie Aether, Morphinum usw. vorhanden; Medikamente zur
Verabreichung an den Kranken sind dagegen auf Hoffmannstropfen
und Valerian beschränkt.

Die Hochfrequenzfrage.

Das Personal ist u. a. zur Führung der verschiedenen Sta-
tistiken verpflichtet, die zum Teil recht interessante Ergebnisse bringen.

Stationen erheben Sätze im Rahmen der ärztlichen Gebührenordnung.
Behört der Patient einer Krankenkasse an, so wird direkt mit der
Kasse abgerechnet, ist er völlig mittellos, so greift das Wohlfahrtsamt



Im Behandlungsraum.

Außerordentlich bedauerlich ist die Tatsache, daß seit dem Kriege
mehrere Unfallstationen aus Mangel an Mitteln eingegangen sind.

Neuaufgabe der byzantinischen Schweifwedele.

Ein sonst durchaus ernst zu nehmendes dirigierendes Telegraphen-
Bureau hielt sich für verpflichtet, unter der Ueberschrift: Herzog
Ernst August von Braunschweig auf der Polizeiwache

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

14] Von Wilhelm Hegeler.
„Ach, Vormittags- oder Nachmittagsmensch, ich bin alle-
zeit Ihr treuer Verehrer.“
Die drei stießen an.

Zauberünstler machten?“ fragte sie. „Sie sahen so drollig
aus in Ihrem Henriquette.“
„Aber imponiert habe ich Ihnen doch. Sie wären zu
gern hinter meine Schliche gekommen.“

„Ich finde Sie schön!“ sagte Rysed, Elisabeth antwortend.
„Neht hat Elisabeth Frisch wieder ihre Sektlaugen. Jetzt sind
wieder alle Lichter an ihrem Kronleuchter aufgesteckt.“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1924.

Die Arbeitsmarktlage erfuhr im Dezember eine geringe Abschwächung. Landwirtschaft, Baugewerbe und Außenarbeit lagen nach wie vor still; nach Abschluss des Weihnachtsgeschäfts mochte sich — wie alljährlich — auch auf anderen Gebieten ein leichter Rückschlag geltend, dessen Auswirkung jedoch für einige besonders wichtige Schlüsselindustrien allen Anzeichen nach vorerst nur gering blieb. Die Grundtendenz der Entwicklungsturve darf infolgedessen trotz aller Saisonercheinungen, die übrigens auch in den besten Vorkriegsperioden auftraten, noch keineswegs als ungünstig angesprochen werden. Für die erste Januarhälfte scheinen sich bereits wieder vereinzelte Vorboten günstigerer Entwicklung zu zeigen.

Krankentassenstatistik. Die Zahl der Beschäftigten ist im Laufe des Dezember etwas zurückgegangen, nachdem bereits der Vormonat eine leichte Abschwächung in der bisher beobachteten Besserung gebracht hatte. Bei den 4971 meldenden reichsgehehrlichen Krankentassen, deren Mitgliederbewegung für die

Entwicklung des Beschäftigungsgrades als symptomatisch angesehen werden kann, wurden am 1. Dezember 1924 11 265 832, am 1. Januar 1925 11 168 643 versicherungspflichtige Mitglieder gezählt. Die im Laufe des Dezember eingetretene Abnahme betrug demnach 107 184 oder 1,7 Proz., während der Vormonat noch eine Zunahme um 0,7 Proz. ergeben hatte.

Bei den Arbeitsnachweisen hat die Zahl der Arbeitsgesuche noch immer, wenn auch in geringerem Maße als während des Vormonats, abgenommen; auf der anderen Seite hat sich auch der Rückgang des Stellenangebots gegenüber dem November etwas gemindert. Insgesamt wurden im Berichtsmonat gezählt 1 306 733 Arbeitsgesuche (29 737 oder 2,2 Proz. weniger als im Vormonat) und 386 362 offene Stellen (60 851 oder 13,6 Proz. weniger als im Vormonat). Die Andrangsziffer stellt sich demnach auf 338 (gegen 299 im Vormonat). Die Zahl der Vermittlungen blieb mit 529 462 hinter dem Vormonatsergebnis um 54 151 oder 14 Proz. zurück. Von 100 Arbeitssuchenden wurden 25 Proz. (im Vormonat 28,7 Proz.) vermittelt, von je 100 offenen Stellen wurden wie im Vormonat je 85 besetzt.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Arbeiterfachverbände zeigte für den Dezember wieder ein Ansteigen, nachdem in der bisher beobachteten Besserung bereits im Vormonat

eine leichte Abschwächung eingetreten war; immerhin meldeten einige besonders wichtige Verbände noch eine Abnahme ihrer Arbeitslosen. Insgesamt meldeten 39 Verbände mit einer Mitgliederzahl von rund 3,5 Millionen 282 645 als arbeitslos, d. h. 8,1 Proz. der Gesamtzahl (im Vormonat 7,3 Proz.).

Die Arbeitszeitverkürzungen haben wie bisher weiter nach Maß und Zahl abgenommen. Von den in den 34 berichtenden Verbänden durch die Erhebung erfassten rund 2,99 Millionen Mitgliedern arbeiteten nur noch 193 280 oder 6,5 Proz. (im Vormonat 7,5 Proz.) mit verkürzter Arbeitszeit. Vor allem ging der Anteil der großen Verkürzungen (17 bis 24 Stunden) zurück.

Statistik der unterstützten Erwerblosen. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen wurden unterstützt am 15. Dezember 1924 458 129, am 1. Januar 1925 535 654, am 15. Januar 1925 583 136 Vollerwerbslose (sogenannte Hauptunterstützungsempfänger). Die Zunahme machte demnach vom 15. Dezember bis 1. Januar rund 17 Proz., vom 1. Januar bis 15. Januar 1925 rund 9 Proz. aus. In dieser Zahl sind die mitunterstützten Familienangehörigen nicht enthalten; ebenso darf sie keineswegs als gleichbedeutend mit der Gesamtzahl aller Arbeitslosen im Reich aufgefaßt werden, da der Bezug von Erwerblosenunterstützung gewöhnlich an eine Reihe Bedingungen geknüpft und zeitlich begrenzt ist.

Der Ansturm

zu unserem Rest- und Einzelpaar-Verkauf war derart gross, dass wir gezwungen waren, unsere Geschäfte wegen Ueberfüllung wiederholt vorübergehend zu schliessen. Es ist dies der beste Beweis, dass unser

Rest- u. Einzelpaar-Verkauf

dem Käufer wirklich ganz enorme Vorteile bietet. Sie finden hochwertige Qualitäten, welche z. T. bis zu

50%

herabgesetzt sind. Versäumen Sie auf keinen Fall diese selten günstige Einkaufsgelegenheit. Wir empfehlen möglichst in den Vormittagsstunden zu kaufen.

Leiser

Besichtigen Sie unbedingt unsere Schaufenster!

Frisches Fleisch

- Kalbskamm u. Brust Pfund 65 Pt.
- Kalbsnierenbraten Pfund 70 Pt.
- Kalbskeule ganz und geteilt. . . . Pfund 80 Pt.
- Hammel Dicke Rippe u. Brust . . . Pfund 68 Pt.
- Hammelfrücken Pfund 75 Pt.
- Hammelkeule ganz u. geteilt. . Pfund 85 Pt.
- Schweinebauch mit Beilage . . Pfund 90 Pt.
- Schweinerücken und Blatt . . . Pfund 95 Pt.
- Schweineschinken Pfund 1 M
- Lieser Pfund 90 Pt. Gehacktes Pfund 65 Pt.
- Kabler Rippsteak u. Kamm Pfd. 1 10

- Prima fett. Ochsenfleisch gefroren**
- Kamm und Brust Pfund 60 Pt.

Geflügel

- Junge Hühner holl., Pfd. 1 55 Fasanenhähne große 6 50
- Masthühner holl., Pfd. 1 65 Holl. Enten . . . Pfund 1 25

Pommersches Gänsepflockfleisch

- Keulenstücke . Pfund 1 50 Rückenstücke Pfund 1 10

Wildschweine

- Köpfe mit Zungen Pfund 80 Pt.
- Bäuche (Wampen) Pfd. 1 10 Blätter Pfd. 1 30
- Rücken Pfund 1 50 Keulen Pfund 1 60
- Hasen gestreift und ausgewaschen oder im Fell Pfund 85 Pt. und 1 10

Backwaren

- Streuselkuchen 30 Pt. Käsekuchen . Stück 50 Pt.
- Streuselkuchen 50 Pt. Bienenstich . Stück 40 Pt.
- Bretzeln Stück 50 Pt. Mohnbrot . . . Stück 45 Pt.
- Gefüllte Pfannkuchen Dutzend 1 M

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

soweit Vorrat
Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Wurstwaren

- Hausmacher-Sülze 60 Pt.
- Zwiebelwurst Pfund 72 Pt.
- Rotwurst . . . Pfund 72 Pt.
- Leberwurst Hausmach. 1 20
- Sülzwurst . . . Pfund 1 20
- Gefüllter Schinken Mortadella . . . Pfund 1 20
- Jagdwurst . . . Pfund 1 30
- Bockwurst . . . Pfund 1 30
- Mettwurst gekocht, Pfd. 1 35
- Filetwurst . . . Pfund 1 40
- Mag. Speck) deutsche Ware Pfund 1 45
- Fett. Speck) Pfund
- Schinkenspeck deutsche Ware, Pfund 1 70
- Zorvelat und Salami Holsteiner . . . Pfund 1 70
- Pomm. Teewurst Pfd. 1 80
- Westfäl. Plockwurst 1 60

Käse u. Fette

- Ohlmützer 4 Stück 10 Pt.
- Delikatékäse 13 Pt.
- Kräuterkäse . . Stück 15 Pt.
- Romatour . . . Stück 28 Pt.
- Camembert vollfett 28, 35 Pt.
- Kümmelkäse halbfett Pfund 45 Pt.
- Quadratkäse Pfund 48 Pt.
- Goudakäse dän., Pfd. 78 Pt.
- Harzerkäse Originalkäse (ca. 5 1/2 Pfund) 1 10
- Emmenthaler ohne Rinde . . Schachtel 80 Pt.
- Molkereibutter 1/2 Pfund 90 Pt.
- Tafelbutter 1/4 Pfund 98 Pt.

Kolonialwaren

- Riesenbohnen Pfund 10 Pt.
- Große Linsen Pfund 24 Pt. 30 Pt.
- Gelbe Erbsen gespellen Pfund 18 Pt.

Südfrüchte

- Mandarinen Pfund 32 Pt.
- Apfelsinen Dutzend 58 Pt. 68 Pt.
- Blutapfelsinen . . Dutzend 58 und 85 Pt.
- Zitronen Dutzend 32 Pt. Feigen Pfd. 22 Pt.
- Datteln . . . Karton ca. 250 Gramm netto 70 Pt.

Obst u. Gemüse

- Kochbirnen . . Pfund 9 Pt.
- Kochäpfel . . Pfund 10 Pt.
- Tafeläpfel . . Pfund 18 Pt.
- Möhren gewaschen, Pfd. 4 Pt.
- Weißkohl dänisch, Pfd. 4 Pt.
- Rotkohl holländ., Pfund 6 Pt.
- Wirsingkohl holl., Pfd. 7 Pt.
- Sellerie . . . Pfund 25 Pt.
- Rosenkohl . . Pfund 25 Pt.
- Blumenkohl Kopf v. 20 Pt.
- Schwarzwurzeln 1/2 Pfund 18 Pt.

Fische

- Grüne Heringe 3 norweg. 110 schwed. 30 Pt.
- Dorsche dänische Pfund 18 Pt.
- Schellfische Pfund 32 Pt.
- Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische . . Pfund 40 Pt.
- Aalquappen Pfund 75 Pt.
- Zander Pfund 95 Pt.
- Lebende Karpfen Pfund 1 30
- Lebende Hechte mittelgroß . . . Pfund 1 65

Räucherwaren

- Bücklinge Makreln Pfd. 35 Pt. Kiste ca. 5 Pfund 1 00
- Fludern . . . Pfund 50 Pt.
- Seelachs in Stck. Pfd. 58 Pt.
- Rotbars in Stck. Pfd. 58 Pt.
- Sprotten . . . Pfund 60 Pt.
- Bücklinge Makreln Pfund 68 Pt.

- Kakao stark entölt, in Paketen Pfund 75 Pt.
- Schokolade Speise Schmelz Milch Sahne Tafel 100 Gramm 22 Pt. 25 Pt. 36 Pt. 37 Pt.

Abteilung Frische Blumen

Leipziger Straße

- Krokus blühend . . . Topf 60 Pt.
- Hyazinthen blühend, Topf 95 Pt.
- Tulpen blühend, Topf 3 Stck. 95 Pt.
- Azaleen blühend, Topf v. 2 50 an
- Araukarien . Topf von 3 M an
- Kentien Topf von 5 M an

Große Auswahl in Kakteen

Weißer Woche

Freitag u. Sonnabend letzte Tage

Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche, Taschentücher, Bettwäsche, Wäschestoffe usw.

Eine verschlafene Barmat-Debatte.

Barmat, Brennstoffgesellschaft und Steuerermäßigungen im Stadtparlament.

An der Spitze der Tagesordnung der gestern abgehaltenen Stadtsitzung stand eine Anfrage der Deutschnationalen, was der Magistrat zu tun gedenke, um im Hinblick auf eine diesbezügliche ministerielle Verfügung auch für Berlin eine Ermäßigung der Steuern und Gebühren einleiten zu lassen. Es war von besonderem Reiz im Zeichen Herrn v. Schlöbbers einen Parteigänger von ihm für Steuerermäßigungen einleiten zu lassen. Der Rammeyer Karding konnte zunächst feststellen, daß die Ueberrümpfung der Stadt bereits im Oktober vorigen Jahres durch Beschluß der Stadtsitzung beschlossen worden ist und die von den Stadteinnahmen zu Ruh und Frommen der Stadtgemeinde Verwendung gefunden haben. Darüber hinaus sind die von den Fragestellern erst jetzt gewünschten Steuerermäßigungen längst vorgenommen worden. Die Beherbergungs- und die Pferdesteuer ist vollkommen aufgehoben, die Vergütungs-, Gewerbe- und auch die direkten Steuern sind stark eingeschränkt. Konstitutions- und Schachhofgebühren wurden ermäßigt, die Wertsteuern (Gas, Wasser, Elektrizität) sind stark abgebaut. Aus allem ergibt sich eine Minderung der Stadteinnahmen um 17 Millionen. Das Ganze war das übliche deutschnationalen Agitations- und Verschleierungsmanöver. Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß der deutschnationale Vorsitzende des Haushaltsausschusses in der Sitzung am Dienstag die Behandlung der sozialdemokratischen Aufwertungsanträge für die Sparlosguthaben verhinderte und daß ihre Verabschiedung gestern im Plenum nicht möglich war. — Bei der Beratung der Kapitalumschmelzung der Neuföllner Stadtbankgesellschaft beabsichtigten die Kommunisten eine Barmat-Debatte herbeizuführen. Herr Stoll beschloß aber die Wortmeldung und so wurde nichts daraus. Was er bei der Begründung eines Antrag eingetragenen Vorredner war jede Limonade. Selbst die des Rednerpuls umlagernden Deutschnationalen kamen nicht auf ihre agitatorischen Kisten. Unsere Genossen Heilmann und Dr. Lämly, die in dem Antrag angegriffen wurden, gaben kurze Abfertigungen. Die unter thödischer Regie verwalte Berliner Brennstoff G. m. b. H. bildete im weiteren Verlauf der Sitzung das Angriffspunkt der deutschnationalen Fraktion. Die Gesellschaft sollte durch die Besteuerung von Brennstoffen, welche die Vereine des Volkstheaters (1) unsere Genossen Reuter und Brödel sagten den Antragstellern mit erschütternder Deutlichkeit, daß es ihnen wieder nur einmal auf die Befriedigung agitatorischer Bedürfnisse ankomme, und daß sich ihre Angriffe im Grunde nicht gegen die Gesellschaft, sondern gegen die Stadt richten. Die Gesellschaft habe sich zu einem Regulator entwickelt, der allerdings mit Absicht die Monopolstellung des Privatwerks nicht bedränge. Die Rechte des Staates erlaube sich dabei allerlei unzulässige Zwischenfälle gegen den Genossen Brödel als Leiter der Gesellschaft, die dieselbige sofort treffend zurückweisen konnte. Abschließend wurde die Dienstordnung für die städtischen Arbeitnachsweisungsstellen trotz des Bestehens unserer Fraktion, die Sache zur Erledigung zu bringen, zum drittenmal an einen Ausschuss verwiesen. Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine geheime an.

In der gestrigen Sitzung der Stadtsitzung gaben zunächst die vom Magistrat vorgelegten Nachweise über Grundstückskaufe städtischer Gesellschaften (so der Wohnungsfürsorgegesellschaft für Siedlungszwecke, der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke L. G. u. W. u. M.) zu einer längeren Aussprache Anlaß. Von der DDP wurde an diese Nachweise, die der Ausschuss nur zur Kenntnis genommen wissen wollte, ein Antrag geknüpft, nach dem der Magistrat dafür Sorge tragen sollte, daß die An- und Verkäufe dieser Gesellschaften auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden und daß Grundstücke, die die Gesellschaften nicht mehr benötigen, nach Möglichkeit in die städtische Grundstücksverwaltung übergeführt werden.

Genosse Reimann sprach sich gegen den Antrag aus, der zunächst selbsterklärendes bejahe und somit überflüssig sei, andererseits eine Spitze gegen die Wohnungsfürsorgegesellschaft zu enthalten schien. Der Antrag für den nur noch die Deutschnationalen sprachen, für den aber auch die Kommunisten stimmten, fiel mit 70 gegen 53 Stimmen; die Nachweise wurden zur Kenntnis genommen.

Am 22. Januar haben die Deutschnationalen folgende Anfrage eingereicht: Eine ministerielle Verfügung fordert Städte und Gemeinden auf, im Hinblick auf die Steuerermäßigungen des Reichs ebenfalls

Steuern und Gebühren

zu ermäßigen. Zur fragen an, was der Magistrat auf Grund dieser Verfügung bisher getan hat bzw. zu tun gedenkt. In der Begründung bekräftigte sich Dr. Steiniger (Dnat.) auf die Behauptung, daß trotz der erheblichen Belastung der Bevölkerung durch Steuern und Gebühren der Magistrat eine Unmenge Geld für neue Anlagen übrig habe. Der Rammeyer Karding gab in seiner Antwort eine Übersicht über die letzten Monate tatsächlich eingetragenen, aber in der Öffentlichkeit nicht so bemerkten Ermäßigungen: abgebaut seien die Beherbergungs- und die Vintus- u. pferdesteuer, stark herabgesetzt sei die Vergütungssteuer; bei der Grundsteuer sei durch die Neueinschätzung der Grundstücke für die Stadt eine Einbuße von 4½ Millionen gegenüber dem Anschlag zu verzeichnen, ebenso habe die Gewerbesteuer durch die von Reichs wegen verfügte Herabsetzung der Vorauszahlungen um 25 Proz. eine Ermäßigung erfahren.

Insgesamt bedeute das eine Herabsetzung des Steuerertrags um 17 Millionen;

der Ausgleich sei gefunden in Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer und einzelnen direkten Steuern. Die Konstitutions- und Schachhofgebühren seien gleichfalls zum Teil stark ermäßigt worden. Mit dem Beginn der zweiten Hälfte habe sich das günstige Gesamtbild des Rechnungsjahres 1924 verschoben; seit Oktober gebe es keine Hebesätze mehr, die Mehreinnahmen für personale Ausgaben erreiche 20 Millionen; in der Wirtschaftspolize seien die Unterhaltungsätze zum Teil recht erheblich erhöht. Für die Gegenwart und leider auch für das nächste Jahr sei es völlig hoffnungslos, auf weitere Ermäßigungen zu rechnen, alle Kraft werde aufgewendet werden müssen, um für 1925 eine Steuererhöhung zu vermeiden oder auf das geringste Maß zu beschränken. Von der Umstellung des Stammkapitals der Neuföllner Stadtbank G. m. b. H. von 1 Million Papiermark auf 500 000 Goldmark auf Grund der Goldbilanzverordnung nahm die Versammlung ohne Aussprache Kenntnis, bezeichnet die Bilanz der Berliner Stadtbank zum G. m. b. H. für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1923.

Als die Versammlung schon in den nächsten Gegenstand der Tagesordnung eingetreten war, ließ ein Antrag Herr Stoll (Komm.) ein, der die Einsetzung eines Kontrollausschusses auf Grund der Stadtordnung zur Untersuchung der zwischen der Neuföllner Stadtbank und den Barmats bestandenen Beziehungen verlangte. Der Antrag wurde an den Schluß der Sitzung verwiesen. Die Dienstordnung für die Angestellten der Bezirksarbeitsnachweise und der Fachabteilungen des Landesarbeitsamts, welche der Ausschuss in wiederholter Beratung nunmehr mit einigen Änderungen zur Genehmigung empfohlen wurde, nachdem Genosse Ulrich eine Reihe von Umgruppierungs- und Einstufungsanträgen ausführlich begründet hatte, neuerdings dem Ausschuss zurückgegeben.

Die Abänderung der Satzung der Berliner Stadtbank, Girozentrale der Stadt Berlin, und der Sparkassenordnung wurde unter Ablehnung von Anträgen der Rechten nach den Ausschussvorschlügen genehmigt.

Ohne Erörterung stimmte die Versammlung dem zweiten Nachtrag zur Wertzuwachssteuerordnung zu und bewilligte 50 000 RM. zur Vorarbeiten für den Neubau eines Rathauses in Juchendorfer.

Eine Barmat-Debatte.

Stoll (Komm.) begründete hierauf den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag der Aufklärung der Verhältnisse bei der Barmat-Gesellschaft bei der Neuföllner Stadtbank Kredit nachgefragt habe. Er bezog sich darauf, daß diese Frage im parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Sprache gekommen sei, und hielt die Einsetzung eines städtischen Kontrollausschusses im Interesse der Stadt für geboten. — Gen. Heilmann erklärte, daß die Sozialdemokraten selbstverständlich für den Ausschuss sind, schon um der Auffassung entgegenzutreten, als ob die Partei irgend etwas zu verhehlen habe. Im Anschluß daran nahm er Anlaß, auf die Anträge zurückzukommen, die am Dienstag die Welt am Abend auch gegen ihn als Ausschussrat der Neuföllner Stadtbank gerichtet hat. Seine ganze Tätigkeit habe darin bestanden, daß er zwei Herren, die sich telephonisch an ihn gewandt hätten, zum Direktor Boß geführt habe. (Lärm bei den Komm.) — Gen. Löwy bemerkte, daß er seit acht Jahren mit Barmat befreundet sei, und gab weitere Aufklärung, aus der hervorgeht, daß er mit den beanstandeten geschäftlichen Transaktionen ganz und gar nichts zu tun gehabt habe. — Damit war die ganze Aussprache beendet. Im Schlußwort glaubte dann Herr Stoll noch die Zustimmung von Paul Hirsch über empfangene 50 000 RM. als Trampf auszuspielen zu sollen. — Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses kam darauf zur einstimmigen Annahme.

Weiter beschloß die Versammlung auf Grund des schon am 11. Dezember 1924 eingebrachten Antrages des Gen. Heilmann, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemeinsamer Deputation zu beraten, in welcher Weise die schweren Kostände, die zurzeit in den Kreisen der abgebauten Beamten, Angestellten und Arbeiter zu Tage getreten ist, gelindert werden können. Zur Verhandlung kam hierauf der schon am 28. Oktober v. J. von dem Dnat. eingereichte Antrag, der die

Berliner Brennstoff-Ges. m. b. H.

betrifft. Der Antrag verlangt die sofortige Aufhebung der Lieferungsbeschlüsse der Gesellschaft an Privats und die unverzügliche Vornahme einer Prüfung, ob das Bestehen der G. m. b. H. noch im Interesse der Stadt gelegen ist. — Linke (Dnat.) setzte für die Antragsteller auseinander, daß diese G. m. b. H. doch nicht ins Leben gerufen sei, um dem privaten Brennstoffhandel Konkurrenz zu machen. Das sei aber der Fall, seit ihr die Lieferung an Privats durch den Magistrat erlaubt worden sei. Die Befreiung der Rinderbrennstoffe habe an ähnlichen Rängen geflitten. Gegenwärtig sei Rot an Brennstoff nicht vorhanden, auch keine Lieferung für Kohlen und Holz, die G. m. b. H. liefert auch nicht billiger, sondern eher teurer als die privaten Händler, folglich habe sie ihren Daseinszweck verloren. Sie jobe keine Gewerbesteuer und sei somit ungebührlich bevorzugt. — Gabel (Komm.) forderte im Gegensatz zu dem Vorredner nicht Beseitigung, sondern Ausbau dieser städtischen G. m. b. H. und eine lauffähigste zu ausgestaltete Leitung, doch sei auf die Kohlenpreise nach unten regulierend eingewirkt insonderheit sei. — Genosse Reuter: Die Stadt hat bei der Gründung dieser Gesellschaft keineswegs eine Monopolstellung einräumen wollen, und die G. m. b. H. nimmt sie auch nicht ein. Hätte die Stadt diese Einrichtung nicht, so stände sie der Preisbildung auf dem Kohlenmarkt die wechselfler gegenüber. Man weiß doch, was bei Lieferungen von Kohlen im Anstehen, an öffentlichen Stellen überhaupt verdient wird. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ hat die Einrichtung und ihr Funktionieren gelobt. Auch finanziell recht diese G. m. b. H. jetzt gestiftet da, sie beansprucht von der Kammerkasse nicht einen Pfennig. Wir wollen weder für sie, noch für den privaten Handel ein Monopol. Wir wünschen den Rohlhändlern gute Geschäfte, aber

man lasse auch unsere städtischen Betriebe in Ruhe!

Bürgermeister Dr. Scholz: Wenn die Mehrheit der Versammlung der Meinung ist, daß die Existenzberechtigung geprüft werden soll, so wird der Magistrat sie prüfen. Im Oktober ist die Befreiung der Wohlfahrtsempfänger der G. m. b. H. von uns übertragen worden, nachdem sich die zuständige Deputation für Befreiung in Ratze, anstatt harter Zahlung ausgesprochen hatte. Die Gesellschaft hat die größten Anstrengungen gemacht, diesem Antrag gerecht zu werden, sie hat die Zahl ihrer Plätze auf 66 vermehrt und zum Preise von 1,10 bzw. 1,25 RM. geliefert, welcher Preis für die Stadt durchaus vorteilhaft war. Es handelte sich aber um 150 000 Empfänger, und daß da Fragen nicht ausbleiben konnten, ist erklärlich; die G. m. b. H. aber hat getan, was irgend in ihrer Macht stand, um ihnen abzuhelfen. Schließlich haben wir, um mehr Plätze zu erlangen, mit den Rohlhändlern verhandelt, und ob 16. Januar sind sie in den Vertrag mit der G. m. b. H. einbezogen. Zu 1,10 RM. konnten sie unter Berücksichtigung ihrer Selbstkosten nicht liefern, und es mußte ein Preis von 1,16 RM. angeboten werden.

Ulrecht (D. Fr.) polemisierte gegen Reuter und meinte, diese „überflüssige“ G. m. b. H. müsse sofort verschwinden. (Hier rief Volkmann (Dnat.) dazwischen: „Dona wird eine Direktionsstelle sein!“ Es erfolgte ein Gegenruf des Gen. Brödel, der auf der Reduktion der Geschäftstätigkeit harrte, denn entsprechende Aufhebung der G. m. b. H. plädiert hatte, forderte Gen. Brödel die Rechte auf einen Fall nachzuweisen, wo die von ihm geleitete G. m. b. H. einen Wort von links folgte.) Nachdem auch Müller-Franke (D. Fr.) für höheren Preis gewonnen habe, und erklärte sich bereit, die Gewerbesteuer zu übernehmen. — Volkmann (Dnat.) sah es für sein gutes Recht an, einen derartigen Zwischenfall zu machen, und drohte

Brödel, wenn er nicht widerrufe, mit dem Rabi. — Als Koch (Dnat.) Wort von links folgte.) Nachdem auch Müller-Franke (D. Fr.) für Aufgeben hatte und vom Gen. Reuter als Autorität in Sachen des guten Tones abgelehnt wurde, schloß Koch feierlich jede Besprechung über den guten Ton von einem Mitgliede der „Partei des Herrn Barmat“ (!) ab. — Damit schloß dieses erbauliche Zwischenstück. — Die Abstimmung findet erst in der nächsten Sitzung statt. Schluß 1/2 1/2 Uhr.

Aus den Bezirken.

Tiergarten.

Die Bezirksversammlung Tiergarten hatte sich in der ersten Sitzung dieses Jahres mit der Vorstandswahl zu beschäftigen. Der alte parlamentarische Brauch, daß der Vorstandsposten der stärksten Fraktion zufällt, gilt im Bezirk Tiergarten nicht. Obgleich die SPD. stets die stärkste Fraktion war, hat sie noch nie den Vorsteher stellen können und hatte sich im letzten Jahre überhaupt nicht an der Bureauaufstellung beteiligt. Sie machte neuerdings ihren Anspruch geltend und schlug dem Genossen Bullig vor, der auch in den vorhergehenden Jahren unser Kandidat war. Es wurde jedoch mit 72 gegen 26 Stimmen der bisherige Vorsteher Granas (D. Fr.) wieder gewählt. Verbindlich lachend dankte er allerseits für das ihm bewiesene Vertrauen und nahm seinen Posten wieder ein. Man hat dieses Schauspiel im Bezirk Tiergarten nun schon zu oft erlebt, als daß es noch Eindruck machen könnte. Unsere Genossen schlugen nun den Genossen Linke als Beiführer vor. Gegen diesen Vorschlag erhob sich kein Widerspruch. Unser Kandidat war also einstimmig gewählt. Nur ob, vor dem „Gerechtigkeitsfium“ der bürgerlichen Mehrheit!

Brenzlauser Berg.

Die Bezirksversammlung des Bezirks Brenzlauser Berg hatten am Mittwoch, den 21. Januar, gemäß der Geschäftsordnung die Wahl des Vorstandes der Versammlung vorzunehmen. Von der Fraktion der SPD. wurde die Wiederwahl des alten Vorstandes vorgeschlagen, in dem die Deutschnationalen mit dem 2. Vorsteher und die Kommunisten mit einem Beiführer vertreten waren. Der Sprecher der Deutschnationalen erklärte hierzu, daß sie diesen Vorschlag nicht folgen könnten, da der sozialdemokratische 1. Vorsteher zwar ein guter Versammlungsleiter sei, aber in mehreren Fällen die Geschäftsordnung „parteiisch“ angewandt habe, er schlage deshalb einen der Ihren vor. Diesen Ausführungen schloß sich der Beiführer der SPD. mit den üblichen Ausfällen gegen die SPD. an. Im übrigen erklärte er, würden sie einem Sozialdemokraten nie mehr ihre Stimme geben. Von den Demokraten wurde erklärt, daß sie an dem Grundged der Vertretung entsprechend der Parteistärke festhalten und dementsprechend wählen würden. Das Ergebnis der Wahl war dann, daß zum 1. und 2. Vorsteher SPD. Mitglieder und zwar die Genossen Kemnitz (als 1.) und Kürbis (als 2.) gewählt wurden. Als Beiführer wurden gewählt ein Demokrat und unser Genosse Kurt Knopf. Damit waren die Deutschnationalen und Kommunisten ausgeschlossen. Die Wahl von zwei Erghmännern kam nicht zustande, weil die SPD. auf diese Wahl verzichtete; da aber von den anderen Parteien keine Vorschläge gemacht wurden, wurden auch hierzu von ihr Vorschläge gemacht. Als darauf auch die SPD. Vorschläge machte, zog die SPD. ihre Vorschläge zurück, worauf die SPD. das gleiche tat. Als darauf der Vorsteher die Wahl der Erghmänner bis zur nächsten Versammlung vertagte und in der Tagesordnung weiterfahren wollte, wurde hiergegen von der Deutschen Einigkeit ein Einspruch erhoben und schließlich durch einen Antrag der Deutschnationalen Beiführer die Vertagung der Versammlung überhaupt herbeigeführt.

Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung des VII. Bezirks, Kreuzberg, wurde an Stelle des Genossen Stöckel, der die Wiederwahl ablehnte, mit 32 von 64 Stimmen Genosse Robert Garber zum Vorsteher gewählt; die bürgerlichen Parteien hatten auf eigene Kandidaten verzichtet, während der einzige Gegenkandidat, der Kommunist Wundersee, 5 Stimmen erhielt. Als Beiführer stellvertretend wählte die Versammlung den deutschnationalen Genossen Schulze mit 33 Stimmen. Schriftführer wurden unsere Genosse Jöpfel, der Demokrat Berl und der Volksparteier Dr. Kirnise. Ferner bewilligte die Versammlung zum Vorbehaltsmittel Summen zum Bau eines Gemeindeschulhauses, zur Beschaffung von Büchern für die öffentliche Familienloggen, für Einrichtung eines Vortragssaales im alten Urban-Krankenhaus und für die Errichtung einer Schuhreparaturwerkstätte für Erwerbstlose, angegliedert an das Arbeitsamt.

Schild eure Kinder zu den Kinderfreunden!

Die „Kinderfreunde“ halten in allen Stadtteilen Berlins regelmäßige Veranstaltungen für Kinder ab.

- 1. Kreis (Westlich): Gruppe Kronenplatz: Dienstag und Mittwoch von 1/2 bis 1/2 Uhr. Schule Wilhelmshofstraße. Hermsdorf, Freitag, 1/2 bis 1/2 Uhr: Schule Kronenplatz, Zumpfen. Gruppe Wannenseel: Montag von 1/2 bis 1/2 Uhr im Schützenheim, Schönholzstraße. Heimleben. Gruppe Humboldtstraße: Montag, Donnerstag, Freitag in der 22. Schule, Invaliden Straße, 1/2 bis 1/2 Uhr. Gruppe Döppersplatz: Montag von 1/2 bis 1/2 Uhr im Schützenheim. 2. Kreis (Nordwestlich): Gruppe 22. Schule: Montag und Dienstag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Hülshorststraße, Zumpfen. Gruppe 20. Wedding: Montag und Dienstag von 1/2 bis 1/2 Uhr. Gruppe 21. Prenzlauer Berg: Montag, 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 3. Kreis (Ostlich): Gruppe 14. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 4. Kreis (Ostlich): Gruppe 15. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 5. Kreis (Ostlich): Gruppe 16. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 6. Kreis (Ostlich): Gruppe 17. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 7. Kreis (Ostlich): Gruppe 18. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 8. Kreis (Ostlich): Gruppe 19. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 9. Kreis (Ostlich): Gruppe 20. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 10. Kreis (Ostlich): Gruppe 21. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 11. Kreis (Ostlich): Gruppe 22. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 12. Kreis (Ostlich): Gruppe 23. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 13. Kreis (Ostlich): Gruppe 24. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 14. Kreis (Ostlich): Gruppe 25. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 15. Kreis (Ostlich): Gruppe 26. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 16. Kreis (Ostlich): Gruppe 27. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 17. Kreis (Ostlich): Gruppe 28. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 18. Kreis (Ostlich): Gruppe 29. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 19. Kreis (Ostlich): Gruppe 30. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 20. Kreis (Ostlich): Gruppe 31. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 21. Kreis (Ostlich): Gruppe 32. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 22. Kreis (Ostlich): Gruppe 33. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 23. Kreis (Ostlich): Gruppe 34. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 24. Kreis (Ostlich): Gruppe 35. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 25. Kreis (Ostlich): Gruppe 36. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 26. Kreis (Ostlich): Gruppe 37. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 27. Kreis (Ostlich): Gruppe 38. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 28. Kreis (Ostlich): Gruppe 39. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 29. Kreis (Ostlich): Gruppe 40. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 30. Kreis (Ostlich): Gruppe 41. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 31. Kreis (Ostlich): Gruppe 42. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 32. Kreis (Ostlich): Gruppe 43. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 33. Kreis (Ostlich): Gruppe 44. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 34. Kreis (Ostlich): Gruppe 45. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 35. Kreis (Ostlich): Gruppe 46. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 36. Kreis (Ostlich): Gruppe 47. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 37. Kreis (Ostlich): Gruppe 48. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 38. Kreis (Ostlich): Gruppe 49. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 39. Kreis (Ostlich): Gruppe 50. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 40. Kreis (Ostlich): Gruppe 51. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 41. Kreis (Ostlich): Gruppe 52. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 42. Kreis (Ostlich): Gruppe 53. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 43. Kreis (Ostlich): Gruppe 54. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 44. Kreis (Ostlich): Gruppe 55. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 45. Kreis (Ostlich): Gruppe 56. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 46. Kreis (Ostlich): Gruppe 57. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 47. Kreis (Ostlich): Gruppe 58. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 48. Kreis (Ostlich): Gruppe 59. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 49. Kreis (Ostlich): Gruppe 60. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 50. Kreis (Ostlich): Gruppe 61. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 51. Kreis (Ostlich): Gruppe 62. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 52. Kreis (Ostlich): Gruppe 63. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 53. Kreis (Ostlich): Gruppe 64. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 54. Kreis (Ostlich): Gruppe 65. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 55. Kreis (Ostlich): Gruppe 66. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 56. Kreis (Ostlich): Gruppe 67. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 57. Kreis (Ostlich): Gruppe 68. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 58. Kreis (Ostlich): Gruppe 69. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 59. Kreis (Ostlich): Gruppe 70. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 60. Kreis (Ostlich): Gruppe 71. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 61. Kreis (Ostlich): Gruppe 72. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 62. Kreis (Ostlich): Gruppe 73. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 63. Kreis (Ostlich): Gruppe 74. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 64. Kreis (Ostlich): Gruppe 75. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 65. Kreis (Ostlich): Gruppe 76. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 66. Kreis (Ostlich): Gruppe 77. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 67. Kreis (Ostlich): Gruppe 78. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 68. Kreis (Ostlich): Gruppe 79. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 69. Kreis (Ostlich): Gruppe 80. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 70. Kreis (Ostlich): Gruppe 81. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 71. Kreis (Ostlich): Gruppe 82. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 72. Kreis (Ostlich): Gruppe 83. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 73. Kreis (Ostlich): Gruppe 84. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 74. Kreis (Ostlich): Gruppe 85. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 75. Kreis (Ostlich): Gruppe 86. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 76. Kreis (Ostlich): Gruppe 87. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 77. Kreis (Ostlich): Gruppe 88. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 78. Kreis (Ostlich): Gruppe 89. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 79. Kreis (Ostlich): Gruppe 90. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 80. Kreis (Ostlich): Gruppe 91. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 81. Kreis (Ostlich): Gruppe 92. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 82. Kreis (Ostlich): Gruppe 93. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 83. Kreis (Ostlich): Gruppe 94. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 84. Kreis (Ostlich): Gruppe 95. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 85. Kreis (Ostlich): Gruppe 96. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 86. Kreis (Ostlich): Gruppe 97. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 87. Kreis (Ostlich): Gruppe 98. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 88. Kreis (Ostlich): Gruppe 99. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße. 89. Kreis (Ostlich): Gruppe 100. Prenzlauer Berg: Montag und Freitag von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Schule Lindenstraße.

Aufwertungsdebatte im Reichstag.

Gen. Reil entlarvt die deutschnationale Demagogie.

Der Reichstag übernahm in seiner gestrigen Sitzung zunächst Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen die Abgg. Schulz-Königsberg (Soz.) und Koenen (Komm.) dem Geschäftsordnungsausschuß.

Dann begründete Abg. Dr. Wunderlich (DVP.) einen auch von anderen bürgerlichen Parteien unterzeichneten Antrag auf Aufhebung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen. Der Antrag will verhindern, daß jetzt noch durch Entscheidungen in letzter Stunde der bevorstehenden gesetzlichen Neuordnung der Aufwertungsfrage vorgegriffen wird. Das Gericht soll nach dem beantragten Entwurf auf Antrag des Gläubigers die Verhandlung einstweilen aussetzen können.

Abg. Reil (Soz.):

In den weiten Kreisen der deutschen Gläubiger und Sparrer, die durch die Inflation enteignet worden sind, wird der jetzt zur Beratung stehende Gesetzentwurf nach allem, was vorausgegangen ist, eine große Überraschung und Verwunderung hervorrufen.

Auf Grund der früheren Beratungen über die Aufwertungsfrage im Reichstag, und mehr noch auf Grund der Haltung der Reichsparteien im Wahlkampf, sind die Gläubiger- und Sparrerkreise mit weitgehenden Hoffnungen erfüllt worden. Diese Stimmung kommt jetzt in der Futur von Eingaben und Zuschriften an alle Abgeordnete des neuen Reichstages, insbesondere an die Mitglieder des Aufwertungs Ausschusses, zum Ausdruck. In diesen Kundgebungen wird förmlich das Verlangen nach rascher und hoher Aufwertung erhoben. Dieses Verlangen ist begreiflich, denn es stützt sich besonders auf die bestimmten Ankündigungen der deutschnationalen Volkspartei. Bei der letzten Reichstagsdebatte am 28. Juni 1924 über die Aufwertungsfrage gab mein Parteifreund Dr. Herz der deutschnationalen Fraktion den Rat, für den Fall, daß sie demnächst in die Regierung kommen sollte, doch schon im voraus einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, damit sie sofort nach der Besitzergreifung der Regierungsgewalt

ihre Versprechen einlösen könne.

Darauf antwortete Herr Herz: „Dann haben Sie den Gesetzentwurf sofort am ersten Tage. (Hört, hört! bei den Soz.) Der neue Reichstag ist nun seit einem Monat in Tätigkeit, vor drei Wochen ist die neue Regierung mit maßgebender Beteiligung der Deutschnationalen gebildet worden. Noch sehen wir aber nichts von diesem Gesetzentwurf. Statt dessen werden die Gläubiger und Sparrer mit diesen Unzulänglichkeiten der Regierungsparteien überrascht, daß in ihren Kreisen ein Höhngeflächter auslösen wird.“

Dem Akt, der sich jetzt abspielt, ist allerdings einiges vorangegangen. Zunächst haben die Deutschnationalen den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Buther zum Führer ihrer Regierung ernannt, denselben Minister, der als der schärfste Gegner der Gläubiger und Sparrer galt. Dann wurde ein deutschnationaler Finanzminister berufen, der noch vor wenigen Monaten im Aufwertungs Ausschuß erklärt hat, die Aufwertung der öffentlichen Anleihen sei vollkommen ausgeschlossen. Schließlich wurde ein neuer Aufwertungs Ausschuß eingesetzt und nun überrascht die große Zurückhaltung, der sich die Reichsparteien, besonders die Deutschnationalen befleißigen und die in gar keinem Verhältnis zu ihren großen Worten während der Wahlbewegung stand. Der einzige unter den Anträgen an den Aufwertungs Ausschuß, der einen greifbaren Vorschlag enthielt, war der deutschnationaler Antrag, der die Aufhebung der Rotaxordnung vom 4. Dezember 1924 verlangt. Meine Freunde und ich haben diesen Antrag begrüßt und die rascheste Einberufung einer Sitzung zu seiner Beratung verlangt. Nun haben inzwischen vier Sitzungen stattgefunden, immer wieder haben wir die Erledigung dieses Antrags verlangt, aber merkwürdigerweise ist die Entscheidung darüber bis heute nicht gefallen.

Die deutschnationalen Antragsteller haben sich selbst mit aller Behemung der Annahme ihres eigenen Antrags widersetzt. (Lebhaftes Hört, hört!)

Es handelt sich bei der Verordnung vom 4. Dezember darum, daß bis zur gesetzmäßigen Regelung die Vorschriften der 3. Steuernterordnung und der Durchführungsverordnungen dazu für die darin behandelten Gegenstände maßgebend seien. Veranlaßt wurde diese Verordnung durch Entscheidungen des Reichsgerichts und des Kammergerichts. In den Kreisen der Gläubiger und Sparrer ist diese Forderung sofort aus rechtlichen und sachlichen Gründen angefochten worden. Ramhafte Juristen haben in ihr einen Mißbrauch der Verordnungs-gewalt der Reichsverwaltung erblickt. Genau dieselbe Auffassung wird auch von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten. Nun hat auch der deutschnationaler Antragsteller im Ausschuß gleichfalls die Rechtsgültigkeit pernoctiert und der Begründung des Reichsjustizministers aufs schärfste widersprochen. Um so auffälliger war es, daß die Deutschnationalen einer Entscheidung über den Antrag mit allen Mitteln parlamentarischer Finesse auswichen.

Bei einer heute früh von uns herbeigeführten Abstimmung im Ausschuß haben dann die Antragsteller selbst gegen ihren Antrag gestimmt und ihn damit zu Falle gebracht. (Lebhaftes Ruft links: Hört, hört!)

Die Gründe für dieses Verhalten der Deutschnationalen ist nicht ohne weiteres klar erkennbar. Die Erklärung, daß der Rechts-wirkung auf dem Gebiete der Aufwertung nicht noch vergrößert werden solle, ist nicht stichhaltig, denn der Reichsfinanzhof in München hat auch diese Verordnung bereits wieder für ungültig erklärt. Will man eine Rechtssicherheit schaffen, so muß man die Rotaxverordnung sofort aufheben und ihren Inhalt in ein ordentliches Gesetz kleiden. Dieses Ziel könnte in wenigen Stunden erreicht sein. Wir würden nicht abgeneigt sein, darüber mit der Regierung zu sprechen. Wenn die Herren diesen Weg aber nicht beschreiten wollen, so scheinen lediglich politische Gründe für sie maßgebend zu sein. Der Hauptgrund ist der, daß sie nicht eine Verordnung aufheben wollen, für die der gegenwärtige Reichskanzler als ehemaliger Reichsfinanz-

minister in erster Linie die Verantwortung trägt. Dieser persönliche Grund kann uns nicht veranlassen die Auffassung preiszugeben, daß die Verordnung verfassungswidrig und deshalb aufzuheben ist. Diese Auffassung kommt in einem Abänderungsantrag von uns zum Ausdruck. Er bezweckt die sachlichen Bestimmungen des deutschnationalen Gesetzentwurfes in das vorliegende Gesetz hineinzuverarbeiten, damit die Ungültigkeitserklärung der Verordnung vom 4. Dezember 1924 ausgesprochen wird. Abgesehen davon werden die großen Volkskreise, die an der Aufwertung interessiert sind, zu dem vorliegenden Gesetzentwurf sagen: die Sache hängt ja wieder gut an.

Ein halbes Jahr hat der Aufwertungs Ausschuß des vorigen Reichstages ohne Ergebnis verhandelt. Im neuen Reichstag sollte es ganz anders gehen. Die Deutschnationalen haben den Gläubigern und Sparrern die Aufwertung ihrer Ansprüche bis zu 100 Prozent versprochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie selbst erklärten früher: „Lohnt uns nur erst an die Regierung kommen, dann wird in wenigen Tagen die Lösung gefunden sein.“ Wir und mit uns die gesamten Gläubiger und Sparrerkreise warten aber noch vergebens auf den Entwurf, den Herr Herz für den ersten Tag ihrer Regierungsbeteiligung versprochen hat.

Wir sind uns der Schwierigkeiten des Aufwertungsproblems bewußt und haben es uns deshalb nie einfallen lassen, eine 100prozentige Aufwertung zu versprechen. Wir werden auch künftig die Grenzen des Möglichen innehalten. Wir haben es in unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht, daß die dritte Steuernotverordnung in einer Reihe von Punkten den berechtigten Ansprüchen der Gläubiger und Sparrer entgegentritt. Wir wissen aber auch, daß die Verbesserungen an das wirtschaftlich Tragbare gebunden sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir wollen unter allen Umständen verhindern, daß eine neue Inflation entsteht, die noch verhängnisvoller als die bisherige wäre. Wir wollen ferner eine Mehrbeschäftigung der Opfer der Inflation verhindern, zu denen nicht bloß die enteigneten Gläubiger und Sparrer, sondern auch die breiten Massen der Kopf- und Handarbeiter gehören. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir wollen in erster Linie die Notleidenden berücksichtigen, die armen Sparrer, die ihre Groschen bei den Spartassen eingezahlt haben, und weiter die ihres Vermögens beraubten sozialen Institute der deutschen Arbeiterchaft. Für die Deckung der Aufwertung öffentlicher Anleihen in den engen Grenzen des Möglichen haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die einen gangbaren Weg zeigen.

Wir wünschen, daß die Mittel dazu durch Inanspruchnahme derjenigen Volksteile beschafft werden, die während der Inflation trotz des allgemeinen Verarmungsprozesses nichts verloren oder gar ihr Vermögen erheblich vergrößert haben. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Stimmes!)

Wir wissen, daß die Lösung des Aufwertungsproblems mit der Neuordnung des ganzen deutschen Steuerwesens zusammenhängt. Aber hat denn die Regierung nicht schon Zeit genug gehabt, um die Vorarbeiten dazu zu treffen. Kaum einmal in den letzten 4 bis 5 Jahren ist eine Regierung so lange durch den Reichstag unbehelligt geblieben wie die Regierung in den letzten 5 bis 6 Monaten. Trotzdem liegen weder zur Aufwertung noch zur Reuestellung des Steuerwesens irgendwelche greifbare Vorschläge vor. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Zusammenhänge waren auch den Deutschnationalen bekannt, als sie ihre Wahlversprechungen machten. Trotzdem haben sie den Anschein erweckt, als ob sie das fertige Rezept für die Lösung der Aufwertungsfrage in der Tasche hätten. Bitte, meine Herren, wo ist das Rezept? Sie haben den Wahlkampf mit der Agitation für den Bestehen des Gesetzentwurfes beschritten, und Herr Dr. Best selbst ist jetzt ihr Abgeordneter. Damit haben sie den Anschein erweckt, als ob sie sich bedingungslos für die Lösung der Aufwertungsfrage einsetzen würden, wie Herr Dr. Best schon seit vielen Monaten vorgeschlagen hat. Im Vertrauen darauf, haben zahlreiche deutsche Gläubiger und Sparrer für Sie gestimmt. Wo ist nun der Bestsche Gesetzentwurf? Sie hätten ihn hier einbringen müssen, um den Erwartungen ihrer Wähler zu entsprechen. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz.) Das Mißtrauen in den Kreisen der Gläubiger und Sparrer ist durch diese Vorgänge stark gewachsen.

Das Mißtrauen wächst weiter, nachdem vor einigen Tagen auch die Spitzenverbände der deutschen Großwirtschaft in Industrie, Landwirtschaft und Handel bei dem deutschnationalen Reichswirtschaftsminister gegen die Aufwertungsbestimmungen Einspruch erhoben haben. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Der Reichswirtschaftsminister hat dem Aufwertungs Ausschuß nachdrücklich empfohlen, die Gegenstände der Vertreter dieser Spitzenverbände gegen jede Verbesserung der Aufwertungsbestimmungen noch einmal anzuhören. Das ist also ein höchst bemerkenswertes Bild, dann dieselben Spitzenverbände, die den bescheidensten Ansprüchen der Gläubiger und Sparrer entgegengetreten, haben den Wahl Ausschuß der Deutschnationalen finanziert. (Lebhaftes Hört, hört!) Die armen Gläubiger haben bei der Wahl am 7. Dezember ihre Schuldigkeit getan. Jetzt treten die reichen Schuldner in die Arena und wahren ihre heiligsten Güter. Wir sind davon nicht überrascht. Schon im Juni vorigen Jahres hörten wir von den deutschnationalen Vertretern der deutschen Industrie, der Landwirtschaft und der anderen Wirtschaftsverbände ihre Bedenken gegen die Aufwertung. Trotz alledem ist die Mehrzahl der Gläubiger der Deutschnationalen Partei ins Gange gegangen.

Wird es die Gläubiger trösten, daß wenigstens die Wirtschaftskräfte des Ruhrgebietes mit der 700-Millionen-Spende reich und reichlich versorgt worden sind?

Mit dem Bekanntwerden dieses Standes ist auch für die Aufwertungsfrage eine völlig neue Lage geschaffen worden. Nun ist heute im Ausschuß versichert worden, daß in drei Wochen ein Reglergesetzentwurf kommen soll. Wir werden ihn uns genau ansehen, wozu uns schon die Haltung einer Anzahl deutschnationaler orientierter Länderregierungen zur Aufwertungsfrage Veranlassung gibt. In einer Aussprache mit Vertretern der Reichsregierung vor einigen Tagen haben ausgerechnet

die Vertreter der deutschnational orientierten Regierungen von Thüringen und Mecklenburg sich gegen jede Erhöhung des Aufwertungsmaßes von 15 Proz. gewandt. (Lebhaftes Hört, hört!) Es wird uns weiter gesagt, daß das vorliegende Gesetz nur bis zum Inkrafttreten des allgemeinen Aufwertungs-gesetzes gelten soll. Um diesen Charakter des Zwischengesetzes festzustellen, beantragen wir, daß es spätestens am 30. April d. J. außer Kraft tritt. Wir wünschen damit einen Druck auszuüben, daß in aller Eile die endgültige Lösung des Problems herbeigeführt wird.

Um den Gläubigern wenigstens einen sicheren Schutz zu gewährleisten, beantragen wir, daß an die Stelle der Kannvorschrift des vorliegenden Gesetzes eine Mussvorschrift kommt. Wir beantragen weiter, daß die Notverordnung vom 4. Dezember beseitigt wird.

Man könnte noch weiter gehen und in das Gesetz hineinschreiben, daß zu einem bestimmten, nicht zu ferne liegenden Termin die ganze dritte Steuernotverordnung außer Kraft tritt. Vielleicht treten dieser Anregung die Herren der Deutschnationalen bei. (Heiterkeit links.) Sie haben bei den letzten Wahlen sehr viel von Treu und Glauben geredet. Wenn Sie, meine Herren von der Deutschnationalen Partei, Treu und Glauben wahrhaftig wollen, dann bitte ich Sie insändlich: stimmen Sie für Ihren eigenen Antrag. (Lebhaftes Hört, hört!)

Abg. Hampe (Bürgerl. Vgg.) begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf und erhofft von ihm eine beruhigende Wirkung auf die kleinen Gläubiger und Sparrer.

Abg. v. Rüdiger-Hannover (Dem.) hält den Zeitpunkt für eine materielle Erörterung der Aufwertungsfrage in diesem Augenblick noch nicht für gekommen. Von den Demokraten werde die Umwandlung der Bestimmung in eine Muss-Vorschrift beantragt. Weiter beantragen die Demokraten wie die Sozialdemokraten eine Befristung der Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 30. April. Eine weitere Hinausschiebung der endgültigen Lösung der Aufwertungsfrage sei wirtschaftlich einfach nicht tragbar. (Sehr wahr!) Auch wir bedauern die Art, wie die Deutschnationalen mit übertriebenen Aufwertungsversprechungen ihre Wahlagitiation getrieben haben. Gegen die Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember 1924 in diesem Augenblick bestehen doch wesentliche Bedenken.

Reichsjustizminister Jansen: Namens der Reichsregierung wiederhole ich die im Ausschuß bereits abgegebene Erklärung, daß die Reichsregierung binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungs-gesetzes den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten wird und daß sie auch in allen Stadien der Verhandlung bestrebt sein wird, die Angelegenheit zu fördern. (Beif.)

Abg. Dr. Scheffer (Z.) wendet sich gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember 1924. Er stimmt dagegen dem demokratischen Antrag zu, der die Kann-Vorschrift in eine Muss-Vorschrift umzuwandeln wird.

Abg. Seiffert (Nat.-Soz.) erklärt, die Freunde der Aufwertungs-bewegung hätten das größte Interesse an der schnellen Annahme des vorliegenden Entwurfs, damit endlich eine gewisse Rechtssicherheit und Ruhe bei den Gläubigern und Sparrern eintritt.

Abg. Dr. Steiniger (Dnt.) Der neue Entwurf des Abg. Best konnte wegen der vielen Anregungen aus dem Lande noch nicht fertiggestellt werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen in der Aufwertungsfrage keine Parteifrage, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und Billigkeit. (Beifall.) Dem sozialdemokratischen Antrag können wir nicht zustimmen. Wir können in diesem Augenblick nicht alles erreichen. Wir wollen in der Aufwertungsfrage die Regierung auch weiter unter hydraulischem Druck halten, gerade weil uns der Gedanke der wirtschaftlichen Spitzenverbände bekannt ist.

Dem demokratischen Antrag auf Umwandlung der Kann-Vorschrift in eine Muss-Vorschrift werden wir gern zustimmen, den sozialdemokratischen Antrag müssen wir gegenwärtig noch ablehnen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Es ist doch Ihr eigener Antrag.)

Abg. Höllein (Komm.) bezeichnet die Politik der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in der Aufwertungsfrage als Demagogie.

Abg. Ströbel (Soz.)

wendet sich gegen die Redner der Rechten. Nach den weitgehenden Versprechungen bei der Wahlagitiation sei es nicht ausreichend, wenn die Deutschnationalen die Regierung unter hydraulischem Druck halten, sie müßten endlich mit ihren Vorschlägen herauskommen. Der Großgrundbesitz und die Großindustriellen müssen hier Opfer bringen durch Erhöhung der Vermögenssteuer, damit auch die öffentlichen Anleihen aufgewertet werden können. Die Verbrauchssteuern der breiten Massen sind schon unerträglich hoch. Durch die Erschließung der noch vorhandenen Steuerquellen an der richtigen Stelle würden sich Milliarden aufbringen lassen. Die Aufwertung muß sozial sein und nicht in eine neue Ausbeutung der breiten Massen ausarten.

Damit schließt die erste Beratung.

In der zweiten Beratung wird über den Zusatzantrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember 1924, die die dritte Steuernotverordnung und alle Ausführungsbestimmungen dazu entgegen verschiedenen Gerichtsentscheidungen für gültig erklärt, namentlich abgelehnt, wobei auch die Deutschnationalen, die diesen Antrag ursprünglich selbst gestellt hatten, gegen den Antrag stimmen. Der Antrag wird mit 235 gegen 144 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird hierauf mit der Wendung angenommen, daß die Kann-Vorschrift über die Aussetzung des Verfahrens in eine Muss-Vorschrift verwandelt wird und das Gesetz bis zum Inkrafttreten des in Aussicht gestellten Aufwertungs-gesetzes, spätestens bis zum 30. April befristet wird.

In der so abgeänderten Fassung wird das Gesetz auch gleich in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Hier verliert sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Einzelberatung des Haushalts des Arbeitsministeriums.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Eine neue
Eurer Bey.

TULLA 628

Arbeitersport.

Reinigungs-Kampfbahn. Mit einem interessanten Kampfbogen im Jiu-Jitsu und Ringen wartet am Sonntag, den 8. Februar, abends 6 Uhr, die Sportliche Vereinigung „Korbock“ in dem Kampfring der Sporthalle Christburger Str. 7 auf. Im Ringen werden in den verschiedenen Gewichtsklassen sechs bewährte Ställe des Veranstalter gegen gute Berliner Kämpfer auf die Waage gehen. So daß ein harter und spannender Ringkampf erwartet ist. Am Jiu-Jitsu wird der bekannte Sportlehrer und Jiu-Jitsu-Instrukteur Walter Erdner mit seinem Partner, dem Halbblutgewichtsschwimmer D. Steinf, Jiu-Jitsu als Selbstwehr demonstrieren. Am Jiu-Jitsu-Kampfbogen werden vom Bandum bis Mittelgewicht sechs Vertreter des Veranstalters in den Ring steigen. Die Gegner werden von den Berliner S. C. Lurich, S. C. Alberts und I. Reußner Jiu-Jitsu-Vereinigung gestellt, die im Jiu-Jitsu-Sport in Berlin ebenfalls an führender Stelle stehen.

Reinigung. Die Sportliche Vereinigung „Korbock“ beginnt am Dienstag, den 10. Februar, mit einem neuen Reingebäude, regelmäßig Dienstags und Freitags von 8-10 Uhr, in der Sporthalle Christburger Str. 7. Der Reingebäude 8 Wochen. Gute Bekleidung, u. a. der bekannte Sportlehrer D. Steinf, stehen zur Verfügung.

Kulturverein „Die Naturfreunde“. Zentrale Wien, Ostgruppe Berlin. Ausgabe des Februar-„Führer“ am Freitag von 6-8 Uhr beim Geöffneten Dom, Wälder Str. 9, an die Bezirksgruppen gegen Reingebäude.

Freie Turnerschaft „Korbock“. Sonnabend, den 7. Februar, abends 7 Uhr, Bezirks-Viertelturner-Vereinigung auf dem Turnplatz. Bericht vom Reingebäude. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Freie Turnerschaft „Korbock“. Sonntag, den 8. Februar, vormittags 9 Uhr, Aufnahmestunden aller Neuzugewandten in der Turnhalle Wälder Str. 9. (Freibildungen nach Reingebäude.)

Geschäftliche Mitteilungen.

Gute Bekleidung kann in kurzer Zeit eine Ware bekannt machen und Kunden werben. Diese zu halten vermag aber nur die Qualität der Ware. Ist diese verlässig wie bei der Feinmargarine „Schwan im Blauband“, so wird die Bekleidung dauerhaften Erfolg haben. Die Bekleidung der Blauband-Margarine ist mannigfaltig. Sie hat ein feines Aroma, einen reinen, frischen Geschmack und ist zum Kochen und für den Gebrauch in der Küche gleichermaßen geeignet, dabei billig und sparsam im Verbrauch. **Das Blauband-Produkt** ist überaus beliebt bei Kindern und Jugendlichen. Diese Tatsache ist nur ein Beweis dafür, welche Wertstoffe dem Käufer durch die Bekleidung der Blauband-Margarine zufließen. Nur nach wenige Tage haben Sie Gelegenheit, hochwertiges Schokolade (s. a. n. e. r. t. e. n. i. s.) zu erwerben. Es empfiehlt sich, den Einkauf in den Vormittagsstunden zu erledigen, da nachmittags der Verkauf wiederholt Schließung des Geschäfts notwendig macht.

Theater Lichtspiele u. v.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Ariadne auf Naxos
Opernhaus am Kölnigsplatz
7 1/2 Uhr: Cavalier, rustica - Bajazzo
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Charleys Tante
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Wer weint um Juckentack?
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Die heilige Johanna
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Alt-Heidelberg
Kammerspiele
8 Uhr: Der Lampenschirm
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Frühlings Erwachen
Die Komödie
Karl-Ludwig 266/267
7 1/2 Uhr: Sechs Personen suchen einen Autor
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die deutschen Kleinstädter
Theater i. d. Kästnerstr.
8 Uhr: Das Tierchen
Komödienhaus
8 Uhr: Wir lassen uns scheiden
Berliner Theater
7 30 Uhr: Anneliese v. Dessau

Einnahme und Ausgabe

stehen oft im Widerspruch. Sie können Ihre Ausgaben verringern, wenn Sie die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ für 50 Pf. das Halbpfund kaufen; ihre Verwendungsmöglichkeit in Küche und Haushalt kennt keine Grenzen, ihre Vorzüge sind unerreichbar.



Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.



Schwan im Blauband

frisch gekümt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illust. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Am 4. Februar 1925 in den Nachmittagsstunden verstarb infolge eines Herzschlages unser langjähriges Vorstandsmitglied und Vorsitzender
Herr Buchdruckereibesitzer Arthur Scholem
Seit dem Jahre 1904 gehörte der Verstorbene dem Vorstande unserer Kasse an und hat während dieser langen Zeit mit regem Interesse und großem Verständnis als Vorsitzender und als stellvertretender Vorsitzender die Interessen unserer Kasse auf das wärmste wahrgenommen. Sein reiches Wissen und seine unermüdete Arbeitskraft hat er nicht nur in den Dienst unserer Kasse allein gestellt, sondern wurde auch sehr oft vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen und vom Verband der Krankenkassen Berlins bei Lösung allgemeiner Fragen für die Krankenversicherung in Anspruch genommen. Für diese aufopfernde Arbeit ist ihm der dauernde Dank aller Angehörigen unserer Kasse sicher.
Berlin, den 5. Februar 1925.
Der Vorstand und das Personal der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Wöchentliche Teilzahlung Eleg. Herrenbekleidung
fertig und nach Maß zu soliden Preisen
Garantie für guten Sitz u. pa. Verarbeitung
Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl
Maßschneider Julius Fabian
Große Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage

SOAL
8 Uhr
Varieté-Revue
Sonntags 3.00 zu halben Preis, das volle Programm!
Trionon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Einmal ist keinmal
von Fritz Mack
Hansl Arnstadt
Falkenhöf, Kaiser-Tiz

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Konstantin
Mrs. Dot
Sond. Ab. 8 Uhr
Herrl. Alexander
Kleines Th.
Heute 8 Uhr zum letzten Male
Gisela
Werbezirk
in Rosa Altschul
Thalia-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Das Dreimäderhaus

Keller-Revue
1925
Th. i. Admiralpalast
25. Woche
Allabendl. 8 1/2 Uhr
Die größte Revue d. Welt:
„Noch und Noch“
Johns nicht mehr, u. u.
Die ganze Vors. zu halben Preisen
2. Rang 1 Mark
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die verunkel. Glocke
Deuts. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Figar. Hochzeit
Letztes Theater
8. Katzki / Abenteuer nach dem Tode etc.
Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza
Neues Th. am Zoo
Täglich 8 Uhr
Wild-West-Mädel
Th. in Kommand. Str.
Täglich 8 Uhr:
Die Frau ohne Kuß
mit Molly Wessely
Fritz Spira
Sg. nachm. 3 1/2 Uhr:
Hans Huckeborn
Residenz-Th.
Heute 8 Uhr:
Sine galante Nacht
Casino-Theater
Lützowstr. 37 Tägl. 8 Uhr
Der neue Schlager
Graf Koks
Posse in 3 Aufzügen
Gänzl. neu! Berlin!
Volkstüml. Preise!

Villertal
am Moritzplatz vorm. Bugenhagen
Eröffnung: Sonnabend, den 7. Februar
Münchener Hetz u. Gaudi
„Auf der Alm gib's koa Sünd“
Bockbier-Fest
2 Original-Oberbayer. Musikkapellen
Kleiner Lunapark
Naturgetreue Dekoration / Feenhafte Illumination
Größte Stimmung
Eintritt frei!

Reichshallen-Theater
Allabendl. 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.
Dönhoff-Brettl!
Familien-Varieté
Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntags nachm. 3 Uhr
Ellie-Sänger.
Der Gipfel des Humors!
Die Base der Pandors!
Volkstümliche Preise.

Erfinder - Wortwärts
Kreidende gute Verdienstmöglichkeit!
Kaufmannschaft und Anregung geb. Stoff für:
„Ein neuer Welt“
gratis durch: Erdmann & Co., Berlin,
Königsgrüner Straße 71.

Dezimalwagen
Fahrlag., Gewichte,
billigste Preise. Großes Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür wesen-
tlich billige Preise
Conrad Müller
Spezialität
Kaufmannschaft

URANIA Tauben-
straße 48
Vom 2. - 5. Februar, 7 Uhr abends,
vom 6. - 8. Februar, 5 Uhr nachm.
und 7 Uhr abends
Filmvorträge
ARGENTINIEN
Vortragsredner:
Obering. **DREYER**, Hannover
Kartenvorverkauf Theaterkasse, Wertheim
und Invalidendank u. u.
Eintrittspreise von 50 Pf. aufwärts
Näheres siehe auch Plakate.

Komische Oper
Direktion: James Klein
Unsere Revue:
Das hat die Welt noch nicht gesehen
mit über 250 Mitwirkenden
Die Sensation des Berliner Theaterlebens!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
Jeder Erwachs. 1 Kind frei zu halben Preisen
(50 Pf. bis 6 Mk.)
Vorverkauf ununterbrochen!

Scala-Theater
Schönhauser Allee 80, Bbl. Nordring
Heute
Quo Vadis
mit Emil Jannings als Nero
Der Welt größter Film
Täglich 3 Vorstellungen 5, 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr
Bis zu Beginn der ersten Vorstellung
Parkett 70 Pfennig

Scala-Theater
Schönhauser Allee 80, Bbl. Nordring
Heute
Quo Vadis
mit Emil Jannings als Nero
Der Welt größter Film
Täglich 3 Vorstellungen 5, 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr
Bis zu Beginn der ersten Vorstellung
Parkett 70 Pfennig

Ziehung 12. Februar
Geld-Lotterie
des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart
5633 Gewinne = Mark
150000
50000
20000
10000
Hauptgew.
Lose zu Mark 3 Porto u. Liste 35 Pfg. extra
10 Lose = 30 Mk. einschl. Porto und Liste
H. C. Kahn's Wwe. Berlin S. 14
Prinzenstraße 79
Postcheckkonto Berlin 24 281

Scotts Emulsion
(Deutsches Fabrikat)
entstand sich seit 5 Jahrzehnten
in allen Kulturländern der Welt
der ungeheilten Anerkennung
der Herren Aerzte.
Kräftige Knochen
bekommen die Kinder bei regelmässigem Einnehmen von Scott's Emulsion. Ständig lauten neue Bestätigungen hierfür ein.
Scott's Emulsion enthält die zum Aufbau der Knochen wichtigsten Bestandteile, besitzt hohe Nährkraft und wird auch vom Säugling leicht aufgenommen.
Scott's Emulsion dient zur Stärkung für Kinder und Erwachsene und enthält den besten norwegischen Lebertran in feinsten Verarbeitung mit knochenbildenden Kalksalzen und den sehr wirksamen Hypophosphiten.
Scott's Emulsion ist unentbehrlich als Kräftigungsmittel bei Skrofulose, englischer Krankheit, Blutarmut, Lungenleiden und Unterernährung.
Scott's Emulsion wird auch im Sommer gern und mit bestem Erfolg genommen.
Man hüte sich vor Nachahmungen, da diese oft an Stelle des Originalpräparates empfohlen werden. — Scott's Emulsion ist in allen Apotheken und Drogerien zu haben.
Niederlagen:
Admirals-Apotheke, SO. 25, Admiralsstr. 31/32
Apotheke Zum Bär, O. 27, Grüner Weg 94
Böer's Apotheke, NO. 15, Gr. Frankfurter Str. 163
Minerva-Apotheke, Charlottenburg, Bismarckstr. 61
Schweizer-Apotheke, W. 8, Friedrichstr. 123
Victoria-Apotheke, SW. 48, Friedrichstr. 19
Drogerie Albert Blochstein, Berlin, Zorndorfer Str. 8
Emser-Drogerie Neukölln, Emser Str. 124
Drogerie Georg Gorgz, Pankow, Breite Str. 40

Circus Busch
7 1/2 Uhr: Der große Erfolg!
Das romantische
Manege-Schauspiel
Lady Hamilton
v. d. r. von Paula Busch
Hauptdarsteller:
Lady Hamilton - Paula Busch
Lord Nelson - Henry Pieß
König Ferdinand von Neapel
Fritz Beckmann als Gast
Vorher: Der neue Febr.-Spielplan
Sonntag halbe Preise
nachm. 3 U. u. Kinder
Die lustigen Vagabunden
Ein Männerspaß mit Gesang u. Tanz

Deutsch. Künstlertheat.
Fä. Rich. 4 1/2 Uhr:
„Riquette“
Operette von Oscar Straus
Lustspielhaus
8 Uhr: Esch. Theater
O. wahre Jakob
Operettenhaus
am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Die verführte Frau
Wallner-Theat.
8 Uhr:
Pailasse und Melisande
Ernst Friedrich
spricht
15. Februar, 8 Uhr
im Rathaus
Dichtungen von
Toller, Mühsam,
Dehmel u. a.
METROPOL
8 Uhr
International.
Varieté-
Spielplan

Neue Welt
Arnold Scholz, :: Hasenheide 108/114
Täglich
Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen
8 Kapellen - neue Dekorationen
80 bayer. Mad'l
Bergschloß-Bockbier
Jeden Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag
Großer Ball
Einl. Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 3 Uhr
Anf. Wochent. 7 Uhr, Sonnt. 4 Uhr

Apollo-
Theater 8 Uhr
Revue-Pose
Das lustigste Berlin
Über 150 Mitwirkende!
Ganz kleine Eintrittspreise!
Parkett 2,80 M.

Kredithaus Diskret
Große Frankfurter Str. 77
Laden
Höhe Alexanderplatz
Auf Kredit!
Konto-Analyse, Kassen-
Überprüf., Devisen-Kontrollen,
Garantien, Stipendien,
Einkauf, Leasing, Beschlüsse,
Händler, Handelsbücher,
Forderungen, Schulden,
Tischbücher, Sammel-
wörter, Schuldenverhältnisse
usw.
Waren für 30 M. Anz. 6 M.
Waren für 50 M. Anz. 10 M.
Waren für 75 M. Anz. 15 M.
Waren für 100 M. Anz. 20 M.
usw.
Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Werbe-Woche!
Vom 6.-15. Februar
geben wir trotz unserer mässigen Preise
10% Rabatt
Damen-Herren-Kinder-Garderoben
Riesenauswahl
Ueberzeugen Sie sich
von unserem
Teilzahlungs-System!
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten!
Konfektionshaus Silberpfennig
Müllerstrasse 182/83
am Weddingplatz Untergrund. Rolltreppen-Str.

Zähne Kronen :: Plomben
Brücken :: Gebisse
gegen günstige Zahlungsbedingungen
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung
Jahn, Art. Dr. med. WOLF, Potsdamer Str. 55
Sprechst. v. 10-12 u. 1-3 Uhr, Nachh. Bölenstr.

Die Stadt in Schleiern.

(Eine Wanderung durch das neblige London.)

Von Armin I. Wegner.

Noch ist die gleiche Nacht. Noch könnten diese Reihen starrer Laternen so gut an den Lippen der Scheide marschieren, wie an denen der Themse. Aber schon weht milde Feuchte in der Luft, als das Schiff gegen sechs Uhr morgens sich mit leisem Seufzer gegen die Uferwand lehnt. Träumen wir noch? Ist das Bewußtsein schon in uns zurückgekehrt, während wir, Augen und Kleider noch voll Schlaf, wie Kinder von einer übermächtigen weichen Hand getragen willenlos durch die schwarze Landschaft schweben, die sich uns nicht enthüllen will? Da hebt sich eine graue feuchtschwarze Wiege, breiten sich endlose blaue Weiden, Heckenzäune, Wasserläden, von der Nacht-kälte erstarres Vieh, grau, nüchtern im ersten Morgendämmer und doch voll einem irraunhaften Hauch. Die Wanderung durch das neblige England beginnt. Durch sechs Wochen wird sich dieser Schleier nicht mehr von unseren Blicken erheben, der die Welt verhüllt.

Liverpool-Station. Der Zug steht. Wählich erschicht in den Wagen das Licht. Wir schweben, noch immer schlaftrunken, durch die tosende Halle des größten Bahnhofes von London. Schwarze Rauchwolken einströmen dem Schlund der Lokomotiven. Ein finsterner Widerschein fällt von den berühmten Mauern auf das wimmelsnde Meer der menschlichen Zwerge, die die sich entseerenden Züge über das Pflaster schütten.

Auf der Straße reißt uns der Strudel mit fort. Tollkühn der einzelne, der sich dieser Gewalt entgegenwerfen wollte. Auf dem Dach des Omnibus scheinen wir uns wieder auf dem Deck eines Schiffes zu befinden, das ein rasender Strom in jedem Augenblick gegen das Ufer der Häuser zu schleudern und zu zermalmen droht, und das in dem bewegten Rhythmus dieser Reife das Schwanen der Dampfer mit dem Schanzeln der Züge und Wagen abtöt. Vor der Bank von England leuchten wir in einem Katarakte dahin. Rauch und Nebelwolken hängen von den Dächern auf uns herab. In den Finsternissen grauen Finsternissen scheinen die hohen Gestalten der englischen Schiffsleute, die mit ihren dunklen Stoffhelmen und Uniformen wie schwarze Schiffe unbewegt in der Brandung stehen, und vor deren erhobener Hand wie die Blüten des Meeres vor dem Fingerzeig Gottes sich der Verkehr minutenlang zauberhaft zu einer starren Wand auflöst, der einzige ruhende Punkt. Sie sind die größten, die schönsten, die hilfsreichsten und liebenswertesten Männer der Welt. Eine deutsche Studentin logte mir einst: „Wenn ich heirate, will ich die Frau eines englischen Schiffsmanns sein.“

Hinter dem Geländer der Brücke von London suchen wir in der tosenden Tiefe einem schwarzen Schimmer des Flusses. Wir wissen, dort drüben, kaum tausend Meter entfernt, muß der Tower liegen, müssen die hohen Pfeiler der Tower-Brücke sich über dem Wasser erheben. Wir sind über das Meer gekommen, um in das gigantische Auge dieser maßlosen Stadt zu sehen. Aber das Dunkel des Tages gibt ihren Blick nicht frei.

Die himmelstogenden Türme von Westminster entschwinden über uns in den Wolken des Nebels. Von ihrer Spitze löst sich ein Glorion. Er scheint irgendwo aus einer geistlicheren Welt zu kommen, aus dieser Uhr, die im Himmel selber zu schweben scheint, in einem anderen Stockwerk, das dicht über unseren Köpfen beginnt.

Aber mit dem Einbruch der Dunkelheit ist die Welt in eine andere Farbe getaucht. Nun erst hebt das Leben des Lichtes an. Keine starren Transparente und Reklameschriften stehen in plumper Starrheit an den Wänden. Ein flimmerndes Feuerwerk, in ewiger Bewegung begriffen, sprüht über uns herab. Am Piccadilly-Virtus drehen sich die Räder ganzer in die Hände der Häuser gezeichnete Automobile. Die klaffende Schnauze eines Hundes öffnet und schließt sich. Ein weinender Säugling erhält eine Fische mit Kindermehl, worauf keine Rundwinkler zu lachen beginnen und seine Haarlocke vor Entzücken sich steil in die Höhe stellt. Ein dunter Widerschein fällt von den Lichtreklamen auf die Köpfe der eilenden Menge von Menschen und Wagen, die in die Theater, die Klubs und die Speichhäuser drängen. Tropische Blumen voll erschreckender Glut blühen mit jeder Blühhelligkeit im Schatten der Mauern auf, weißen

dahin. An der Spitze eines Hauses beginnt ein Buchstabe wie eine goldene Spinne am Rand der Mauer entlang zu kriechen, zieht einen leuchtenden Faden hinter sich her zu einem Reih von Buchstaben, bis erneute Dunkelheit es mit jähem Schlage zerreißt.

Am Trafalgar-Square verlässe ich den Omnibus, um eine neue Linie zu bestiegen. Einen Augenblick stehe ich wortend am Fuß

Putschgelüste.



„Er ist von den vielen Krisen so erschöpft, daß wir ihm jetzt bald bequem die Handschellen anlegen können.“

der Säule. Wählich erscheint über der Stirn der Häuser am abendlichen Himmel eine flammende Schrift:

„Lord Bermington hat soeben Ägypten verlassen, um sich nach Indien zu begeben.“

Geisterhaft wie das Menetekel, als wären sie von dem goldenen Finger eines Gottes in die Luft gezeichnet, ziehen die Worte vorüber. So sind die letzten Nachrichten der Zeitung, die wenige Stunden nach dem Ereignis als flammendes Band in der dämmernden Luft stehen. Die Weite der Welt ist aufgehoben: „Der amerikanische Bagchampion Jack Dempsey hat soeben einen großen Sieg über seinen Gegner, den Spanier La Torrino, errungen. An der schottischen Küste ist der Frachtdampfer King Edward gescheitert. Die Reparationskommission hat beschlossen ...“

Eine Häuserede verjagt den Rest der Worte, während mich der Bogen in einer anderen Richtung davontreibt.

Eines Tages in Gravesend, eine Stunde vor London, als ich aufwache, scheint hell die Sonne. Der weite Himmel zeigt tiefe Reinheit, unter seinem Leuchten bewegt sich das Waller der Themse in blaudenten Wellen. In klarer Klarheit lösen die Dampfer den ungeheuren Rumpf vom Ufer. Ich eile, den nächsten Zug nach London zu nehmen. Heute endlich wird der dicke Schleier zerreißen, ich werde der Unergründlichen in das furchtbare Antlitz schauen.

Aber schon nach wenigen Minuten verdüstert sich der Himmel. Aus den Reihen niederer Dächer, an denen der Zug dahinjagt, steigen endlose kleine Wolken schwarzen Rauchs aus zahllosen Schornsteinen empor. Immer finstere wird es. Als ich den Zug verlasse, schlägt mir befeudender Rauch ins Gesicht. Ichahre an die Themse hinüber. Wohl liegt der Fluß frei, aber nicht weiter als einige hundert Meter. Schwarze Rauchfahnen verhängen das Gesicht der Häuser. Ich steige atmlos in den engen Schacht einer Säule die endlosen Stufen des London-Monument empor. Dort drüben liegen die Türme der Lower-Brücke, die Uferseite der Häuser, schattenhaft wie hinter einer grauen Leinwand. Aber schon im Umkreis von tausend Metern verschwindet die Stadt völlig in schwarzem Dunst. Nicht der Nebel ist es, der ungeheure Rauch, der an diesem sonnenklaren Tage die Luft verdüstert und den die qualmende Stadt zu jeder Stunde aus Millionen von Feuerfahnen zum Himmel sendet, eine ewig lastende Wolke, die kein Wind vertreiben kann. Lärm, Losen, Stimmengewirr, Donner brüllt aus der Tiefe. Wohl jähit man die Sonne, aber schwach und hilflos kann sie nicht durchbrechen. Fern steht sie, düster brennend wie hinter einer beruften Scheibe.

Der Morgen bringt neuen Nebel. Dunkelbraun, eine lehmige Mauer, undurchdringlich steht er in den Straßen.

In Gassen und Kontorkäumen brennt schon in den Morgenstunden das Licht. Gespensterhaft bewegen sich Menschen und Wagen in der brodelnden Wolke, tauchen auf, verschwinden. Alle Dinge und Häuser nehmen riesenhafte und drohende Formen an, sobald sie dem Auge erkennbar aus dem Schatten treten. Der sonst so haltende Verkehr ist auf ein zögerndes und angstvolles Zeitmaß zurückgestellt. Vor den Automobilen, die wie Sägen die Straßen dahintrischen, bewegen sich die Schaffner mit Laternen in der Hand, den Bogen den Weg zu zeigen, jeden Augenblick einen Warnungsruf ausstößend. Die Mehrzahl der Menschen strömt in den Untergrundbahnhöfen zusammen, die in diesen Tagen die einzige Möglichkeit haben, sich der alten Schnellzüge zu bedienen. Das ganze Leben nimmt etwas Unheimliches, Verzaubertes an, als hätte wie im arabischen Märchen ein riesenhafter Kefrit, aus dem Berlies seiner Flasche fahrend, die ganze Stadt in den Rauchschweif seines Schattens gehüllt. Alle Lüne klingen gedämpft wie auf weiter Ferne. Irrendes aus der Tiefe des Flusses oder von den Dächern der Häuser verrät ein verhaltender Laut, daß auch dort ein fremdes Leben sich unsichtbar fortbewegt. Nacht legt ihre weißen Fäulte auf die Augen der Menschen, daß sie in völliger Blindheit dahinjren.

Unauhaltbar, sich selbst fortzuehend, strömt der Nebel wie das Fluten der Zeit.

Die selbsttätigen Maschinen vorausgeschickt hat der philosophisch durchgebildete englische Franziskaner Roger Bacon im 13. Jahrhundert. Dieser rebellierete leidenschaftlich gegen die Wissenschaft seines Jahrhunderts und feierte das wissenschaftliche Experiment als das bestimmende, zu neuen Resultaten führende Werkzeug der Forschung. Von dem Experimente erhoffte er den Anbruch eines neuen Zeitalters der selbsttätigen Maschine: der Dampfschiffmaschine, des Automobils und der Flugmaschine. Er schrieb diese prophetischen Zeilen nieder: „Maschinen zur Schifffahrt ohne Ruderer sind möglich, so daß große Schiffe, dem Flusse oder dem Ozean angepaßt, von einem einzigen gelenkt, schneller dahingeleiten können, als wenn sie von vielen getrieben. Auch Wagen können hergeführt werden, die ohne Zupfer, so wie unser Reimung nach die Schienen, auf denen die Alten kämpften, bewegt wurden. Und Flugmaschinen sind möglich, in deren Mitte der Mensch sitzt und eine sinnreiche Vorrichtung handhabt, durch die künstliche Flügel die Luft gleich einem fliegenden Vogel schlagen.“

Mauki.

Von Jack London.

(Schluß.)

Mauki gehörte einer anderen Rasse an, und da ein Entweichen unmöglich war, solange Bunster lebte, war er entschlossen, den weißen Mann anzubringen. Aber das Dumme war, daß er nie eine Gelegenheit finden konnte. Bunster war immer auf seiner Hut. Tag und Nacht waren ihm seine Revolver geladen zur Hand. Er erlaubte keinem, ihm in den Rücken zu kommen, was Mauki entdeckte, nachdem er mehrmals zu Boden geschlagen war. Bunster wußte, daß er von diesem gutmütigen Malaitaburschen mit der sanftesten Miene mehr zu befürchten hatte, als von der ganzen Bevölkerung von Lord Howe; und das erhöhte den Genuß an dem Folterprogramm, das er ausführte. Und Mauki war vorsichtig, fand sich in seine Straßen und wartete.

Alle anderen weißen Männer hatten seine Tambos geodtet. Nicht so Bunster. Maukis wöchentliche Tabakration betrug zwei Stück. Bunster gab sie seiner Frau und befahl Mauki, sie aus ihrer Hand entgegenzunehmen. Aber das ging nicht, und so blieb Mauki ohne Tabak. Auf die gleiche Weise mußte er auf manche Mahlzeit verzichten und manchen Tag hungrig bleiben. Er erhielt den Auftrag, ein Ragout aus den großen Muscheln zu kochen, die in der Lagune wuchsen. Das konnte er nicht, denn Muscheln waren Lambo. Sechsmal hintereinander weigerte er sich, die Muscheln zu berühren, und sechsmal wurde er fast zuhause geschlagen. Bunster mußte, daß der Bursche eher sterben würde, aber er nannte seine Weigerung Meuterei und würde ihn getötet haben, wenn er einen anderen Koch gehabt hätte.

Eine der liebsten Belustigungen des Händlers bestand darin, Mauki bei den kranken Vöckern zu poken und mit dem Kopf gegen die Wand zu stoßen. Eine andere war, daß er Mauki unerwartet ergriß und ihm das brennende Ende einer Zigarre ins Fleisch drückte. Das nannte Bunster impfen und Mauki wurde viele Male in einer Woche geimpft. Einmal riß Bunster in der Wut den Tasfenhaken aus Maukis Nase, wobei er den Nasenknochen glatt zerriß. „O, was für eine Bißoge!“ lauteten seine Worte, als er den angerichteten Schaden betrachtete.

Die Haut eines Hais ist wie Sandpapier, die Haut eines Kochens aber wie eine Felle. In der Südee benutzen die Eingeborenen sie als Kaspel, um Kanus und Ruder zu glätten. Bunster hatte einen aus Rochenhaut verfertigten Handschuh. Als er ihn das erste Mal an Mauki probierte, riß er ihm mit einem Griff die ganze Haut vom Nacken bis zur Achselhöhle ab. Bunster freute sich. Er ließ seine Frau den Handschuh schmecken und probierte ihn gründlich an den Bootsteuten. Die Premierminister bekamen jeder einen Streich, und sie mußten dazu grinsen und es als Schmerz auffassen.

„Nacht, zum Donnerwetter, lacht!“ war die Anweisung, die er gab. Mauki bekam den größten Teil am Handschuh. Nicht ein Nagel

verging ohne Liebfosung. Manchmal hielt ihn der Verlust von so viel Haut die ganze Nacht wach, und oft wurde die kaum geheilte Oberfläche von dem scherzhaften Heren Bunster frisch geharkt. Mauki behielt seine geduldige Ruhe in der sicheren Erkenntnis, daß seine Zeit früher oder später kommen mußte. Und er wußte genau, bis in die geringste Einzelheit, was er tun würde, wenn seine Zeit gekommen war.

Eines Morgens erwachte Bunster in der Stimmung, der ganzen Welt die Gloden zu läuten. Er begann mit Mauki und hörte mit Mauki auf, und in der Zwischenzeit verprügelte er seine Frau und schlug auf die Bootsteute ein. Beim Frühstück nannte er den Kaffee Spüßwasser und goß Mauki den brühheißen Inhalt der Tasse ins Gesicht. Um zehn Uhr hatte Bunster Schüttelfrost, und eine halbe Stunde später brannte er vor Fieber. Die Tage vergingen, er wurde immer schwächer und verließ das Bett nicht mehr. Mauki wartete und wachte, während er seine Haut wieder heilte. Er befahl den Leuten, den Kutter auf den Strand zu ziehen, den Boden zu scheuern und ihn gründlich zu überholen. Sie dachten, der Befehl ginge von Bunster aus, und gehorchten. Aber Bunster lag die ganze Zeit befinnungslos da und gab keine Befehle. Jetzt war die Gelegenheit für Mauki gekommen, aber er wartete noch.

Als das Schlimmste überstanden war und Bunster sich in der Genesung befand und bei Bewußtsein, aber schwach wie ein kleines Kind da lag, packte Mauki seine paar Habseligkeiten einschließlich des Porzellanhenkels in seine Kiste. Dann ging er nach dem Dorf hinüber und sprach mit dem König und seinen beiden Premierministern. „Dieser Bursche Bunster, er guter Bursche, ihr ihn sehr lieb?“ fragte er.

Sie erklärten einstimmig, daß sie den Händler nicht liebten. Die Minister ergossen sich in einer Aufzählung aller Demütigungen und Schleichigkeiten, mit denen sie überhäuft worden waren. Der König fiel ganz zusammen und weinte. Mauki unterbrach ihn unhöflich.

„Ihr mich kennen — ich großer Herr in meinem Land. Ihr nicht lieben diesen weißen Herrn. Ich ihn nicht lieben. Ihr viel bringen, hundert Kotosnuß, zweihundert Kotosnuß, dreihundert Kotosnuß zum Kutter. Dann ihr guten Leute schlafen gehen. Alle Kanaten gute Leute schlafen gehen. Wenn dann großer Lärm bei Haus, ihr nicht hören den Lärm. Ihr alle viel zu fest schlafen.“

In derselben Weise sprach Mauki mit den Bootsteuten. Dann kofahl er der Frau Bunsters, zu ihrer Familie zurückzuehren. Hätte sie sich geweigert, so wäre er in Verlegenheit geraten, denn sein Lambo würde ihm nicht erlaubt haben, Hand an sie zu legen.

Als das Haus leer war, trat er in das Schlafstimmer, wo der Händler lag und schlief. Mauki entfernte zunächst den Revolver und zog sich dann den Handschuh aus Rochenhaut an. Die erste Warnung, die Bunster erhob, war ein Streich mit dem Handschuh, der ihm die Haut der Länge nach von der Nase riß.

„Guter Herr, was?“ grinste Mauki zwischen zwei Streichen, von denen einer die Stirn bloßlegte, während der andere die eine Gesichtseite säuberte. „Nacht, zum Donnerwetter, lacht!“

Mauki tat seine Arbeit gründlich, und die in ihren Häusern verstreuten Kanaten hörten den „großen Lärm“, den Bunster mindestens eine Stunde lang machte.

Als Mauki fertig war, schleppte er den Bootskompaß und alle Flinten und Munition zum Kutter hinüber, den er dann mit Tabakstiften als Ballast lud. Während er noch damit beschäftigt war, kam ein fürchterliches haultoses Wejen aus dem Hause und ließ schreiend an den Strand, bis es in den Sand fiel, in der brennenden Sonne liegen blieb, Grimassen schnitt und marturierte Baute ausließ. Mauki blickte hin und zögerte. Dann schnitt er ihm den Kopf ab, wickelte ihn in eine Matte und verstaute ihn im Stern des Kutters.

So fest schliefen die Kanaten an diesem ganzen, langen, heißen Tage, daß sie nicht sahen, wie der Kutter durch die Ausfahrt lief und dann, dicht am Südspassat, nach Süden drehte. Auch auf der langen Strecke bis zur Küste von Habel und während des beschwerlichen Kreuzens von dort nach Malaita wurde er nicht gestört. Mauki landete auf Port Adams mit einem Vorrat an Flinten und Tabak, wie ihn noch nie jemand besessen hatte. Aber er hielt sich dort nicht auf. Er hatte den Kopf eines weißen Mannes genommen, und nur der Busch konnte ihn schützen. So lehrte er zu den Buschhöfen zurück, wo er den alten Fansoc und ein halbes Dutzend seiner vornehmsten Leute niederschloß und sich zum Häuptling über alle Dörfer machte. Als sein Vater starb, wurde sein Bruder Herrscher in Port Adams, und nun vereinten Salzwohlerleute und Buschmänner sich und wurden so der stärkste der zweihundert streitbaren Stämme von Malaita.

Größer als Maukis Furcht vor der englischen Regierung war keine Furcht vor der allmächtigen Mondschneiseifen-Gesellschaft; und eines Tages gelangte eine Botchaft an ihn in den Busch, die ihn daran mahnte, daß er der Gesellschaft acht und ein halbes Jahr Arbeit schuldet. Er schickte eine günstige Antwort, und darauf erhielten der unvermeidliche weiße Mann, der Kapitän des Schoners, der einzige Weiße, der während Maukis Regierung in den Busch und lebendig wieder herauskam. Dieser Mann lehrte nicht nur zurück, sondern er brachte auch noch siebenhundertundfünfzig Goldsovereigns mit — den Geldwert der achtzehnhalf Jahre Arbeit zuzüglich der Kosten für gewisse Flinten und Tabakstiften.

Mauki wiegt nicht mehr hundertundzwei Pfund. Sein Bauch hat den dreifachen Umfang wie früher, und er hat vier Frauen. Er hat viele andere Dinge — Flinten und Revolver, den Henkel einer Porzellanflasche und eine vorzügliche Sammlung von Buschmannköpfen. Wertvoller als diese ganze Sammlung aber ist ein anderer Kopf, gut getrocknet und erhalten, mit glänzendem Haar und glänzendem Bart, der in die feinsten Fiber-Lada-Kapas eingewickelt ist. Wenn Mauki in den Krieg gegen Dörfer außerhalb seines Reiches zieht, so holt er unweigerlich den Kopf hervor und betrachtet ihn, allein in seinem Palast sitzend, lange und feierlich. Zu solchen Zeiten liegt Totenstille über dem Dorfe, und nicht einmal ein kleines Kind wagt zu lärmern. Der Kopf gilt als der wichtigste Fetisch in Malaita, und seinem Befehl wird Maukis ganze Macht zugeschrieben.

